

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Verschwörung gegen das Wahlrecht.

Zwei Wochen sind ins Land gegangen, seitdem wir die Giesebrecht'sche Interne gegen das Reichstags-Wahlrecht enthüllt haben. Seit zwei Wochen ist die Giesebrecht'sche Behauptung unwidersprochen geblieben, daß die verbündeten Regierungen den willkommenen Anlaß der Diätenfrage zu einer Revision des Reichstags-Wahlrechts benutzen wollten. Zwei Wochen ist es her, seitdem die „Kölnische Zeitung“, die Dame vom Rhein, die in innigsten Beziehungen nicht nur mit den Industriehäuptern von gebildeten Besitz, sondern auch mit allen Reichsämtern und Ministerien lebt, ihren Stillsitzen der Gesinnungslosigkeit beauftragte, den folgenden Artikel — erschienen in der Abendausgabe vom 4. August 1903 — zu schreiben:

„Wannau!“

Der „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie haben einen guten Grund gefast oder vielmehr eine gute Meute jetzt erst entdeckt, denn der Vorgang, der die sozialdemokratische Partei in so freundliche Erregung versetzt, liegt schon in der Zeit vor den Wahlen und zwar damals schon im wesentlichen bekannt. Es handelt sich nämlich darum, daß ein Dr. A. Giesebrecht ein Rundschreiben erlassen hat, in dem er diejenigen Gründe ausführt, die nach ihm gegen das Bestehen des Reichstags-Wahlrechts sprechen. Herr Giesebrecht hielt damals den Augenblick für geeignet, in eine scharfe Agitation gegen das Reichstags-Wahlrecht einzutreten, zu welchem Zweck zunächst durch Massenverbreitung der Giesebrecht'schen Aufsätze gesorgt werden sollte. Der Herr berief sich dabei auf die Billigung und Unterstützung einer Reihe von Großindustriellen, deren Namen zum Teil geschäftlich einen guten Klang haben, die aber in ihrer Gesamtheit kaum den Anspruch erheben dürften, eine politische Macht darzustellen. Diese Bestrebungen waren, wie gesagt, schon vor den Wahlen bekannt, aber erst jetzt ist es dem „Vorwärts“ eingefallen, sie in maßvoller Weise aufzudecken und den Parteigenossen mit lauten Lamentenschlägen das Schreckbild einer großen Verschwörung der nichtsozialdemokratischen Parteien vorzuführen und sie zu einer Verteidigung auf die Schanzen zu rufen. Der „Vorwärts“, der manchmal die Richtung hat, in Form und Stil der Sensationsromane zu arbeiten, deckt dem schauernden Publikum diese äußerst gräßliche Verschwörung auf und stellt sich allen Ernstes so an, als ob er das Reichstags-Wahlrecht bedroht glaube. Das Mißverhältnis zwischen Ursache und Wirkung ist in diesem Falle so groß, daß man schlechterdings an eine Aufrichtigkeit des „Vorwärts“ nicht glauben kann, sondern annehmen muß, daß die Enttarnung der Berliner Leiter der Sozialdemokratie auf ganz andre und zwar taktische Gründe zurückzuführen ist. Wir behaupten nicht, daß es in der Sozialdemokratie kräftig, wohl aber ist es allbekannt, daß sich in ihr zum Mißvergnügen der Berliner Leitung verschiedene Strömungen bemerkbar machen, die für den nächsten Parteitag in mehr als einem Punkte ein Auseinanderfallen der Meinungen voraussehen lassen. Da wäre es denn in der That ein glückliches Ereignis, wenn plötzlich die bürgerlichen Parteien, die ja nichts anderes als eine reaktionäre Masse bilden sollen, sich zur Bekämpfung eines Rechtes zusammenschließen sollten, dessen Aufrechterhaltung allen Sozialdemokraten mehr als alles andre am Herzen liegt. Gegenüber einem solchen Vorstoß der bürgerlichen Parteien würden alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie sofort in nichts zerfallen, und Rebel und Singer würden als Verteidiger dieses Volkrechts auf die einheitliche und begeisterte Zustimmung aller Genossen rechnen können. Das wäre sehr schön, so schön, daß man um des guten Zweckes halber schon einen kleinen Schwindel ins Werk setzen und versuchen kann, leichtgläubigen Genossen Sand in die Augen zu streuen und sie zu hypnotisieren, daß sie nichts anderes mehr sehen, als das angeblich bedrohte Wahlrecht. Um das zu erreichen, kann man wohl aus einer Wäsche einen Gesanten machen. Wir haben früher schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt, unsere Meinung über das allgemeine Wahlrecht darzulegen; es ist eine menschliche Einrichtung, der als solcher Fehler und Schwächen beizubehalten und deren Verbesserungsfähigkeit eigentlich nur derjenige leugnen kann, der sich auf den Standpunkt des starren Dogmen Glaubens stellt. Ob man nun aber für diesen Wahlmodus schwärmt oder nicht, der praktische Politiker wird sich darüber klar sein müssen, daß die Aenderung des Wahlrechts eine so schwere Erschütterung unseres politischen Lebens bedeuten würde, daß man verständigerweise gar nicht daran denken kann. Wenn heute das Deutsche Reich zu gründen wäre, so würde man sich vielleicht sehr überlegen, ob man es verantworten könne, das allgemeine Wahlrecht in seine Verfassung einzufügen; nachdem das aber einmal geschehen ist, kann man unter Verächtlichkeit aller Verhältnisse nicht daran denken, es wieder abzuschaffen. Wenigstens ist bisher nichts geschehen, was eine solche Notwendigkeit in zwingender Weise ergäbe. Wie gesagt, wir verstehen es schon, wenn der „Vorwärts“ jetzt den Rand ganz gewaltig vollnimmt. Aber wir glauben nicht, daß es ihm gelingen wird, an den Ernst einer Gefahr glauben zu machen, die nicht vorhanden ist. Soweit wir die bisherigen Äußerungen der Presse übersehen konnten, wird die Angelegenheit durchweg recht kühl behandelt und in parlamentarischen Kreisen wird man sich auch nicht anders zu ihr stellen, so daß die Genossen auf dem nächsten Parteitage alle Ruhe haben werden, sich auch über andere zu unterhalten, als über Herrn Dr. A. Giesebrecht. Im übrigen: wenn die Sozialdemokratie es als ihr Recht betrachtet, unsere staatlichen Einrichtungen in ihren wichtigsten Grundlagen umzuwandeln, warum sollen dann Herr Giesebrecht und seine Freunde nicht auch befugt sein, ihrer Abneigung gegen eine Bestimmung der Reichsverfassung Ausdruck zu verleihen? Nur ein Punkt hat u. s. t. a. t., den wir bisher noch nicht haben. Könnte fordern, daß alle Bürger auf den Glauben der Unübertrefflichkeit irgendeines Wahlsystems eingeschworen würden und jede abweichende Meinung zu unterdrücken hätten.

Man kennt die Methode, mit der die Presshändler der herrschenden Klasse alle unangenehmen vorzeitigen Aufdeckungen ihrer geheimen Gedanken und Pläne zu verschütten suchen: wirres spottendes Ge-

schwätz über die „Enttarnung“, ablenkendes Gerede über die Motive der Enttarnung und verächtlich eingestreut harmlose Bekennnisse zu den Anschuldigungen, die man ironisiert; die Hersteller solcher Artikel fühlen sich in ihrer feigen Verlogenheit aber doch nicht ganz wohl und so müstern sie das Schwindelgewebe mit etlichen Wahrheitsrankern.

Die Dame vom Rhein wird aber neuerdings vom Unglück verfolgt. Sie treibt ihr Handwerk allzu leichtsinnig und darum kann man es ihr legen. Vor uns liegt eine lange vertrauliche Liste von Geldbeiträgen für die Giesebrecht'sche Wahlrechts-Verschwörung. An der Spitze dieser Liste — Verzeichnis der Beiträge zum Propaganda-Fonds für den Ausbau des allgemeinen Wahlrechts nach den Prinzipien unserer geltenden Staats- und Wirtschaftsordnung behufs Weiter- und Durchführung der Propaganda. Eingegangen bei Herrn Dr. A. Giesebrecht, Landgut Maghofen bei Deggendorf (Bayern) — liest man:

„Von der Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ M. 150“

Die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ meint zwar — am 4. August 1903 —, daß die Aenderung des Wahlrechts eine so schwere Erschütterung unseres politischen Lebens bedeuten würde, daß man verständigerweise gar nicht daran denken könne, sie selbst aber ist so begeistert für den Umsturz des Wahlrechts, daß sie sich die geheime Propaganda gegen das Reichstags-Wahlrecht sogar bare 150 M. kosten läßt.

Aber weiter: Die „Kölnische Zeitung“ spricht spottend von „einem“ Dr. A. Giesebrecht und „dem Herrn“. Diese der „Kölnischen Zeitung“ aber so gänzlich unbekannte Größe ist — Mitarbeiter derselben „Kölnischen Zeitung“, und zwar ein höchst einflußreicher. — In einem Briefe an seine Geldgeber schreibt Giesebrecht wörtlich:

„Die Bewegung — gegen das Wahlrecht — fand lebhafteste Aufnahme in allen bürgerlichen Parteien und als ich zur ersten Publikation in der Tagespresse übergang, stellte sich mir dafür die „Kölnische Zeitung“ sofort unter Preisgabe ihres damaligen Standpunktes zur Verfügung.“

Entweder hat also Herr Dr. Giesebrecht zur Erzielung von Geldbeiträgen betrügerische Vorspiegelungen gemacht, indem er sich auf die „Kölnische Zeitung“ berief, oder aber die „Kölnische Ztg.“ hat mit ihrem Wannau-Artikel eine der nichtsnützigsten Schwindeleien verübt, indem sie dem Dr. Giesebrecht verleugnete und die ganze Angelegenheit als harmlose Privatvergnügungen verspottete. Als gerade der Umstand, daß das offiziöse führende Organ des liberalen Kapitalbürgertums in so schamloser Weise seine eignen Pläne verhehlt, beweist, wie ernsthaft die Agitation dort aufgefahrt wird; um gleichgültiger Dinge willen prostituiert man doch nicht auf diese jämmerliche Art den Dienst der Feder.

Aber die „Kölnische Zeitung“ hat nicht nur sich selbst in ihrem dunklen Treiben schlingen wollen, sondern auch die Industrieherrn, die sich zur Untergrabung des Wahlrechts um den Dr. Giesebrecht zusammengeschlossen haben. Den zwanzig Namen hervorragender Industrieller, die wir in unserer ersten Veröffentlichung genannt haben, sprach das Unternehmerorgan plötzlich die Bedeutung politischer Macht ab und degradierte sie zu reinen Geschäftsleuten. Wir wollen der „Kölnischen Zeitung“ Gelegenheit geben, die politische Entmündigung an einer weiteren großen Zahl von Vertretern der Industrie und des Kapitals zu vollziehen. Nachstehend veröffentlichen wir eine Liste von Beiträgen für den Giesebrecht'schen Wahlrechts-Umsturz. Die Liste beginnt, wie schon erwähnt, mit der milden Gabe der Redaktion der „Köln. Zeitung“ und führt dann folgende Namen auf:

1. Geh. Kommerzienrat Jul. van der Hyphen, Vorsitzender des Vereins Rheinischer Industrieller, Deutsch-Rhein, 300 M.
2. Rittergutsbesitzer Dr. H. Schulz auf Wulow bei Frankfurt a. d. Oder 50 M.
3. Kommerzienrat Direktor C. Schweizer, Dessauer Wollengarn-Spinnerei, Dessau, 50 M.
4. Konsul Peter Jos. Stollwerck, Kommerzienrat, Köln, 100 M.
5. Fabrikbesitzer Friedr. Diertz, Kommerzienrat, Oberlangenbielau bei Reichenbach i. Schl., 100 M.
6. Kommerzienrat Methner, Landeshut i. Schl., 50 M.
7. Kommerzienrat Theod. v. Guilleaume, stellvert. Vorsitzender der Handelskammer Mühlheim a. Rhein, 100 M.
8. Geheimrat Zul. Hanke, Präsident der Handelskammer Bonn, Eitorf, 100 M.
9. Generaldirektor Julius Kahlow, Präsident der Handelskammer Halle a. S., 100 M.
10. Geheimrat C. Lueg, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhütten, Oberhausen, 100 M.
11. Graf v. Seidlitz-Sandreck auf Langenbielau bei Reichenbach i. Schl., 300 M.
12. Generaldirektor E. Kirdorf, Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. Rhein-Elbe bei Gelsenkirchen, 100 M.
13. Kommerzienrat Max Guilleaume, Köln, 100 M.
14. Fabrik- und Rittergutsbesitzer Arnold Schöller, Düren, 100 M.
15. Fabrikbesitzer Emil Schoett, Kommerzienrat, Aheydt, 100 M.
16. Kommerzienrat F. Paare, Generaldirektor des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum, 100 M.
17. Kommerzienrat Dr. Fleischnann, Meteln, 100 M.
18. Hüttendirektor Hubert Claus, Thale a. S., Berlin, 50 M.
19. Generaldirektion der Herren Willeroy u. Vogt, Mettlach a. Saar, 200 M.
20. Fabrikbesitzer Friedr. Karcher, Wädigen a. Saar, 50 M.
21. Kommerzienrat Louis Kammengießer, Mühlheim a. Ruhr, 100 M.
22. Fabrikbesitzer Karl Steinmüller, Summersbach, 50 M.
23. Joh. Wälfing u. Sohn, Lempe, 200 M.
24. Rudolf Hardt, Lempe, 50 M.
25. Herrm. Schröder, Lempe, 50 M.
26. Herrm. Harrisburg, Remscheid-Ehringhausen, 50 M.
27. Theodor Hafencleber, Remscheid-Ehringhausen 50 M.
28. Kommerzienrat Franz Dietel, Vorsitzender des Verbandes deutscher Wollkämmerer und Kammerarspinner, Gohmannsdorf i. Sachsen, 300 M.
29. Generaldirektor Oskar Caro, Gleiwiß, 50 M.
30. Eymont Tielck, Neu-Altwasser, 50 M.
31. Kommerzienrat Jul. Ribbert, Säenpforte bei Hohenlimburg, 200 M.
32. Waendenberg, Schweidnitz, 50 M.
33. Kommerzienrat Jul. Vorster, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Köln, 100 M.
34. Kommerzienrat Heinrich Albert, chemische Werke Viebrügge a. Rhein, 500 M.
35. Justizrat Dr. Ritter, Waldenburg, 200 M. (früher preussischer Abgeordneter).
36. Hermann Verch, Mönchen-Gladbach, 50 M.

37. Kommerzienrat Wilh. Boeddinghaus, Präsident der Handelskammer Elberfeld, 100 M.
38. Kommerzienrat Georg v. Colln, Präsident der Handelskammer Hannover, 100 M.
39. Herrm. Blohm, in Firma Blohm u. Vogt Grobreeker, Hamburg, 100 M.
40. Wälfing, Kattowiß, 100 M.
41. Gebr. Partheis, Gitterloß, 50 M.
42. P. Wiermann, Rittergutsbesitzer, Salisch bei Hagenau, 30 M.
43. Jul. Schnielwind, Elberfeld, 100 M.
44. Rechtsanwalt Dr. jur. Paul Seifenfeld, Barmen, 30 M.
45. Architekt Th. Stahl, Barmen, 30 M.
46. Kommerzienrat Heuser, Duisburg, 50 M.
47. Dr. phil. Franz Schönfeld, Düsseldorf, 50 M.
48. Karl Zomagen, Düsseldorf, 100 M.
49. Emil Weyerbusch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Elberfeld, 50 M.
50. G. Lübbmann, Hamburg, 100 M.
51. M. A. Rollinsens, Barmen, 50 M.
52. Direktor Karl Jakob Langen, Kommerzienrat, Grevenbroich, 100 M.
53. Julius Schnielwind, Elberfeld, 100 M.
54. E. Henkel, Langenfeld bei Barmen, 50 M.
55. Kommerzienrat Georg Howaldt, Kiel, 100 M.
56. Dr. Hermann Gruhn, Magdeburg, 50 M.
57. A. Tiefhaus, Elberfeld, 50 M.
58. Karl Lehnering, Duisburg, 50 M.
59. Dr. Robert Hafencleber, Aachen, 50 M.
60. Kommerzienrat Aug. Korten, Duisburg, 50 M.
61. Bauunternehmer Jos. Kiefer, Duisburg, 50 M.
62. Kommerzienrat Wilh. Judschwerdt, Magdeburg, 100 M.
63. Rud. Bahn, Sorau N.-L. (Reichstags-Abgeordneter), 100 M.
64. Leopold Weill, Düren, 100 M.
65. Adolf Boeddinghaus, Elberfeld, 50 M.
66. Fabrikbesitzer Hermann Schelleker, Arefeld, 50 M.
67. Kommerzienrat A. R. Blund, Neumünster, 100 M.
68. Bergwerks- und Hüttenbesitzer Rudolf Daas in Sinn (Hessen-Rassau), 50 M.
69. Dr. Harold Teuge, Saloh Holte in W., 50 M.
70. E. Rolfs, Siegfeld bei Siegburg, 50 M.
71. Kommerzienrat Oskar Hoffmann, Altwasser i. Schl., 50 M.
72. Fabrikbesitzer Franz Clouet, Köln-Rippes, 100 M.
73. Moritz Hafencleber, Remscheid-Ehringhausen, 50 M.

Unter den 73 Mitgliedern dieser Wahlrechts-Kamorra findet sich so ziemlich alles, was in der deutschen Großindustrie und in der Scharfmacherei Namen hat oder doch hatte; denn einige der Herren, denen es die Mühsal ihrer Arbeiter gestattet, 50, 100 und 300 M. zur Befestigung ihres einzigen politischen Rechtes zu spenden, sind inzwischen verstorben. Diese Millionäre wenden übrigens, wie man sieht, nicht übermäßig große Opfer auf, um die Grundrechte des deutschen Volkes zu stützen. Fast alle gehören der national-liberalen und freikonservativen Partei an. Die vornehmsten Weiser und Leiser von großindustriellen Werken und Vereinigungen, Kommerzienräte, Vorsitzende von Handelskammern, Großreederei, Rittergutsbesitzer wenden sich vertrauensvoll an Giesebrecht, der in der „Kölnischen Zeitung“ und in Broschüren den Kampf gegen das Wahlrecht publizistisch führt. Die Namen Baare, Gruhn, Blohm, Ritter (der Gewaltige der Handel-Dommermarischen Werke, früherer preussischer Abgeordneter und Reichstagslandtags) ertönen ja überall, wo es einen Schlag gegen das Proletariat gilt. Auch weitere Abgeordnete neben dem schon bekannten Weyerbusch finden sich in dieser unvollständigen Liste: der freikonservative Landtagsabgeordnete Vorster und der neue liberale Reichstagsvertreter von Sorau, Bahn, der bei der letzten Wahl unsern Genossen Kees verdrängt hat.

Alles dies ist nun keineswegs überraschend. Die Arbeiterschaft weiß längst, daß die ganze kapitalistische Sippe nur darauf wartet, das zum Verzug seiner Kraft und seiner Erziehung gelangte Proletariat politisch und wirtschaftlich zu erwürgen. Immerhin ist es ganz interessant, zu erfahren, was Herr Giesebrecht in seinen vertrauten Briefen, mit denen er die Kassenscheine zusammenbettelt, aus dem Gemütsleben der großkapitalistischen Sippschaft erzählt. Er beruft sich auf den „Bund der Industriellen“, auf die Handelskammern. Da erzählt er, daß an der Wiege seiner Agitation in erster Linie der national-liberale Abgeordnete Prof. v. Marquardsen und der Kommerzienrat Reichrat v. Hahler-Kugsburg (derselbe, der zur 12000 Mark-Spende für Posadowsky beisteuerte), leider inzwischen mit dem Tode abgegangen, gestanden hätten. Alle bürgerlichen Parteien, versichert Giesebrecht wiederholt und man darf's ihm glauben, seien im Grunde Gegner des gleichen Wahlrechts: „Selbst in dem freisinnigen Lager verhehlt man sich nicht mehr, daß die Sozialdemokratie ihre Parteien mehr und mehr zerreiben wird“. Aber — wir zitieren wörtlich —:

„Die Parlamentarier sind zur Reserve gezwungen, bis sich die wirklichen und unterdrückten Ansichten liberaler Ausdrud und Recht verschaffen. Vor Jahresfrist etwa schrieb mir Freiherr v. Hehl (der Reichstags-Abgeordnete!) vom linken national-liberalen Flügel, der Meinungsumschwung auf liberaler Seite sei ein außerordentlicher, und selbst der alte freisinnige v. Stauffenberg bekannte, daß das gleiche Wahlrecht niemals der Freiheit und dem menschlichen Fortschritt dienen kann. Es ist ja auch offenes Geheimnis, daß gerade die Freisinnigen dieses Wahlrecht, unter dem ihre Parteien von der Sozialdemokratie noch völlig zerrieben werden, los sein möchten, wenn ihnen nur die öffentliche Meinung zu Hilfe käme.“

Und vom Centrum schreibt in einem seiner Briefe Giesebrecht: „Wenn Centrum wird der Tod Dr. Liebers infolge von Einfluß sein, als die konservativen Elemente den demokratischen nicht wieder die Vorherrschaft überlassen wollen... während der kassende Gegensatz in der Wahlrechtsfrage zum Austrag kommen muß; weder der hohe Adel, noch die Gruppe der Gelehrten wollen hierbei das große Opfer der Ueberzeugung und des Intellekts dem Partei-Interesse bringen.“

Vor allem aber — das betont Giesebrecht unablässig — sind die leitenden Kreise und die Regierung entschlossen, das Wahlrecht zu ändern. In dem von uns vor zwei Wochen veröffentlichten Circular bedient sich Giesebrecht noch allgemeiner Wendungen, in seinen Briefen aber giebt er bestimmte Angaben. Er erwähnt „vertrauliche Berichte aus Berlin und München“ und erklärt, daß, was er in einem Artikel der „Westfälischen Rundschau“ über die „Ansichten und Absichten des Bundesrats bezüglich des Diätenantrages“ dargestellt habe, volle Bestätigung gefunden habe:

Die erwähnten Berichte lassen . . . ferner keinen Zweifel, daß von den verbündeten Regierungen die preussische die gebene Sachlage (Diensterforderung) als Anstoß zur endgültigen Wahlreform auszunutzen entschlossen ist, um unsrer inneren politischen Zerrissenheit ein Ende zu bereiten.

Nach dieser Viesebrechtschen Behauptung giebt es für die preussische Regierung kein Entzinnen mehr. Entweder erklärt sie den Mann für einen frechen Betrüger oder aber sie bekennt sich schuldig, an der Spitze der Verschwörung gegen das Reichstags-Wahlrecht zu stehen. Daß Preußen der Hort aller Reaktionen ist, daß von hier aus stets Gefahr für eine freie und friedliche Entwicklung unsrer Zustände droht, wissen wir freilich ohnehin. In den preussischen Landtagswahlen kommt die Mitteilung Viesebrechts gerade recht. Es gilt nicht nur den Kampf gegen das infame Dreiklassenystem, sondern auch den Schutz des Reichstags-Wahlrechts!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. August.

Aus der Geschichte der Kanalvorlage giebt der Abg. Dr. D. Arendt im „Tag“ einige persönliche Erinnerungen zum Besten, die dadurch interessant sind, daß sie zeigen, mit welchen Mitteln und nach welchen Grundfahnen Politik gemacht und Kulturarbeiten betrieben werden. Arendt erzählt, daß Herr v. Miquel die Kanalidee gehabt hätte und daß sie ihm dazu gedient habe, den Landtag zur Zeit der Eisenbahnüberschüsse von der Forderung der Tarifermäßigungen und der Gehaltserhöhungen abzuhalten. Er hätte sich nur über die Stimmung der Parteien im Abgeordnetenhaus geäußert. Seine Rechnung auf Annahme des Kanals erklärte die Vormünder Kaiserrede, und die schlechteste Ablehnung des Kanals habe seinen Sturz herbeigeführt.

Zu den Hauptinsinuen der Miquelschen Kleinpolitik gehörten die intimen Unterhaltungen, die er abends nach dem Diner unter vier Augen mit einzelnen Abgeordneten oder sonstigen politischen Persönlichkeiten abzuhalten pflegte. Bei diesen Unterhaltungen sprach er zuweilen mit verblüffender Offenheit über Personen und über öffentliche Fragen. Nicht selten erzählte er aus dem reichen Schatz seiner Lebenserinnerungen . . . Es war um die Weihnachtszeit 1898, also unmittelbar vor Einbringung der Kanalvorlage, als Miquel bei einem solchen abendlichen Besuch sagte: „Die Kanalvorlage wird angenommen, kein Abgeordneterhaus kann die Verantwortung tragen, diese Vorlage abzulehnen“ (die Keuherung blieb mir wörtlich im Gedächtnis). Ich entgegnete, daß ich umgekehrt sicher annehme, daß der Mittelkanal nicht die Mehrheit findet: „Sie kennen die Vorlage und ihre Begründung noch nicht“, antwortete Miquel und entwickelte nun namentlich seine Lieblingsidee, daß die Staatseisenbahn, auf deren Ueberflüsse die preussischen Finanzen ruhen, an der Grenze ihrer Rentabilität angelangt sei. Jede weitere Hebung des Verkehrs führe durch das Anwachsen des mit steigenden Gehältern ausgerüsteten Beamtenheeres zur Abnahme der Ueberflüsse. Deshalb sei der Kanal im Interesse der Eisenbahnen und der Finanzen ebenso notwendig wie im Interesse der Volkswirtschaft.

Zuerst und vor allem wünschte man sich über die Haltung des Centrums. Man hatte Dr. Lieber und durch ihn Graf Stradowitz gewonnen und glaubte, damit das Centrum und die Schlefier zu haben. Allein das Centrum ist in wirtschaftlichen Fragen viel schwerer unter einen Hut zu bringen als sonst. Wer wie ich die Stimmung im Centrum kannte, der konnte nicht zweifelhaft sein, daß für den Mittelkanal niemals die gesamte Centrumsfraktion zu gewinnen war. Sowohl unter den westlichen wie unter den östlichen Centrumsabgeordneten waren — und sind — unbedingte Gegner des Mittelkanal-Kanals, die für keinen Preis die Gegnerschaft aufgeben werden. Allerdings standen ihnen Kanalreue und Unentschiedene — also gewinnbare Parteigenossen — zur Seite, aber die unbedingten Centrumsgegner im Bunde mit der fast geschlossenen Rechten bildeten eine erhebliche Mehrheit . . .

Zum Schluß sagt Herr Arendt noch auseinander, daß auch Herr v. Hedrich, der Leitartikel der „Post“, niemals zu den entschiedenen Gegnern des Kanals gehört habe, beipflichtet dann die Haltung der Kanalreue und zuletzt thut er den ganzen Kanal so ab: „Miquel allein konnte den Mittelkanal durchsetzen, mit ihm fiel der Kanal, er ist heute nicht einmal mehr als Konsultationsgegenstand, kein Abgeordnetenhaus wird die Verantwortung tragen, den Mittelkanal zu bewilligen.“

Ueber die „Schuld der Obstruktion“ beim Zolltarif hat sich in der „Frankf. Ztg.“ eine raumfüllende Sommerdebatte zwischen dem süddeutschen Volksparteiler Conrad Hausmann und dem Berliner Korrespondenten des Blattes angehalten. Der Berliner Demokrat hatte anfangs sich gegen das Richterische Märchen von der „einzigenden Obstruktion“ gewandt und zugegeben, daß Richter sich von wahl-taktischen Beweggründen hatte leiten lassen. Der Schwabe hatte widersprochen und die Richterische Legendenammlung wiederholt. Im Laufe der Debatte hatte der Korrespondent schließlich vor dem Parteifreund einige Verbeugungen gemacht und eingestimmt in die Sage von der „Schuld“ der Socialdemokratie.

Herr Conrad Hausmann hat sich offenbar zu wenig um den Zollkampf bekümmert, so daß ihm die entscheidenden Thatsachen unbekannt geblieben sind und er leicht auf den Richterischen Leim ging. Sonst hätte er wissen müssen, daß der Antrag Kardorff bereits in den Anfängen der Kommissionsberatungen aufgetaucht war, und daß ebenso die volksparteiliche Beratertatistik schon in der Kommission begonnen hatte und zwar, in jähem Umschwung, mit dem Augenblick, als die Richterische Hoffnung zu Schanden wurde, daß der Reichstag geschlossen werde und damit der Tarif in der Verrentung verschwinden würde. Eugen Richter wollte den Tarif aus dem Wahlkampf entfernen, der seine Freundschaft mit dem Centrum fördern mußte; er brauchte die inhaltlose, unverbindliche, von allen bürgerlichen Parteien unterzeichnete Zukunftsparole: „Für Handelsverträge“ statt der bestimmten Stellungnahme zu einem vorliegenden Tarif. Diese Parole, die sich in Nichts von der des Centrums unterschied, hat er denn auch thatsächlich im Wahlkampf benutzt. Und darum griff er die Obstruktion aus dem Hinterhalt an.

Im übrigen waren die Zollparteien von Anfang an darüber einig, daß sie den Tarif unter allen Umständen haben wollten. Nur ob man das äußerste an Gewalt wagen dürfe, darüber schwankte man. Herr Richter erlöste sie von den Strapazen; er ermutigte sie zu dem Umsturz.

Wechsener zu Gunsten pensionierter Offiziere. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht unter zustimmenden Bemerkungen eine Zuschrift, in der ein neues Verbot zur besseren Versorgung verabschiedeter Offiziere gefordert wird; die daraus entstehenden Kosten sollen durch eine Wehrsteuer aufgebracht werden. Außerdem wird aber verlangt, daß für diejenigen Offiziere, die vorzeitig und bei voller geistiger und körperlicher Arbeitskraft das Heer zu verlassen genötigt sind, eine Art Civilversorgung nach der Art der für Unteroffiziere bestehenden geschaffen wird.

An übermäßiger Verschwendung leiden diese Wünsche nicht. Es wäre doch gerade zu sanft, wenn Offiziere, die den Dienst quittieren müssen, obwohl sie noch völlig dienstfähig sind, auf Kosten dienstuntauglicher Arbeiter Pensionen für ein standesgemäßes Leben erhielten und obendrein noch ein Vorzugsrecht auf Anstellungen im Civildienste. Es liegt ja gar kein sachlicher Grund vor, Offiziere aus dem Dienste zu entlassen, die sich nach der vollen geistigen und körperlichen Arbeitskraft erfreuen. Eine Wehrsteuer wird an sich niemals unfruchtbar finden; zu den hier genannten Zwecken aber erst recht nicht.

Von der national-socialen Liquidation. Sparrer Raumann ist unermüdlich thätig, seinen Parteigenossen zu beweisen, daß sie sich begraben lassen müssen. Am Dienstag war er auch in Dresden und der dortige National-socialer Verein stimmte dem Anschluß an die

Freisinnige Vereinigung im Prinzip zu. Herr Raumann entwickelte seine bereits bekannten Ansichten über die Gründe, weshalb seine Partei zu Grunde gehen mußte. Daneben sprach er sich über diejenigen seiner Parteifreunde aus, die jetzt nicht mit ihm zur freisinnigen Vereinigung gehen wollen. „Daß ein Teil meiner Parteifreunde, darunter der Parteisekretär Maurenbrecher“, so sagte er, „die Fusion nicht mitmacht und zur Socialdemokratie geht, verliere ich ihnen nicht. Mögen sie dort bernaestlich mitthun. Wir ändern machen den Schritt nicht mit, denn jede große nationale Welle würde uns doch wieder aus der Socialdemokratie fortjagen.“

Wollte Herr Raumann damit diesen seinen Freunden eine besondere Empfehlung auf den Weg geben? —

1800 Soldatenmishandlungen.

Am 21. Juli d. J. hat sich der Soldat Hill vom 1. Garde-regiment zu Fuß im Keller der Kaserne mit einer Nagypatrone erschossen. Der Selbstmord wurde in Zusammenhang gebracht mit Mishandlungen, die Hill durch den Unteroffizier Otto Breitenbach erlitten hatte. Dieser wurde darauf verhaftet und die Untersuchung gegen ihn eröffnet. Am 14. August stand er vor dem Kriegsgericht und die Anklage legt ihm 1500 Hälle leichter und 300 Hälle schwerer Soldatenmishandlungen zur Last.

Daß der Soldat Hill von Breitenbach fortgesetzt mishandelt worden ist, wurde durch Zeugen angegeben und vom Gerichtshof als erwiesen angenommen. Am 21. Juli hat Hill wieder früh vor dem Ausrücken Schläge bekommen; dann hat ihm Breitenbach auf dem Hofe nochmals gedroht, er würde „eine Portion“ bekommen, wenn er von der Uebung zurückläme. Unmittelbar nach der Rückkehr von der Uebung ist dann Hill in den Keller gegangen und hat sich erschossen.

Ein Zeuge gab an, daß er in mindestens 235 Fällen von dem Angeklagten geschlagen worden sei, sowohl mit der Hand, als mit den verschiedensten Instrumenten. Dieser Zeuge hat während seiner Ausbildungszeit den Versuch gemacht, sich aus dem Fenster zu stürzen, war aber von Kameraden noch rechtzeitig erfährt worden.

Einen Mann hat der Schinder wegen einer Kleinigkeit so lange auf den Kopf geschlagen, bis er besinnungslos zwischen die Betten fiel und von seinen Kameraden aufgehoben werden mußte. Unter den zahlreichen Zeugen war kein Mann, der nicht mindestens 30 bis 40 mal geschlagen worden war. Der Gerichtshof erklärte sich außer Stande, die einzelnen Fälle zahlenmäßig festzustellen, und nahm schließlich eine fortgesetzte Mishandlung und 13 Hälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt an.

Der Vertreter der Anklage beantragte 5 Jahre Gefängnis und Degradation; das Urteil lautete auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und Degradation.

Uns scheint, die militärischen Behörden hätten die Verpflichtung, eine eingehende Untersuchung darüber anzustellen, wie solche fortgesetzten Brutalitäten möglich waren, ohne entdeckt zu werden. Es muß festgestellt werden, ob die nächsten Vorgesetzten des Soldaten-schinders ihre Aufsichtspflicht erfüllt haben. Es erscheint fast un-denkbar, wie ein roher Kerl eine ganze Korporalschaft in solcher Weise dauernd mishandeln konnte, ohne daß seine Vorgesetzten etwas merkten.

Zu den Landtagswahlen in Baden wird der „Frankfurter Ztg.“ berichtet, daß die Demokraten in Mannheim von den kartellierten National-liberalen und Freisinnigen zwar zum Eintritt in das Kartell aufgefordert worden seien, daß sie sich jedoch noch nicht entschieden hätten, da zur Zeit wegen Abwesenheit vieler Mitglieder eine Versammlung unthunlich sei. Darüber, wie sich die Demokraten schließlich entscheiden werden, geht die „Frankfurter Zeitung“ mit der tief-sinnigen Bemerkung hinweg, daß ihnen alle Zeit ihre politischen Grundfahnen als Leistern dienen würden.

Wegen Wahlfälschung wurde am Mittwoch der Arbeiter Julius Barstedt in Braunschweig zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte bei der Reichstagswahl auf einen falschen Namen gewählt. — Der Staatsanwalt hatte nur fünf Tage beantragt.

Die Schreden des Krieges. Unter dieser Ueberschrift bringt „The Graphic“, eine englische illustrierte Zeitung, in einer ihrer letzten Nummern eine Zeichnung ihres Verleitetstatters, der von diesem die folgende Erklärung mitgegeben worden ist:

„Als die stehende Kolonne zuerst Damort erreichte, war die Beschaffung des Wassers für eine so große Streitmacht, ungefähr 1200 Mann und 1000 Tiere, sehr schwierig. Die Tagesration war pro Mann eine halbe Gallone (etwas über zwei Liter) und pro Tier eine Gallone. Seitdem sind die Brunnen ausgegraben und gereinigt worden, so daß sie bedeutend mehr Wasser liefern.“

Einige Frauen und Kinder, die von der Armee des Mullah ausgeführt waren, kamen zu den Brunnen und haken im Wasser, aber sie konnten nichts erhalten. Ich sah sie unter dem Schatten eines Baumes sitzen und mit verlangenden Augen nach dem Wasser stieren, das nach dem Lager geschickt wurde. Sie verschwanden dann im Gebüsch, wo sie sicher angekommen sein werden.“

Wo sie früher umgekommen sein werden! Was liegt an so ein paar armen, elenden Heiden, Frauen und Kindern, die da unter Qualen verdursten, angeht die Quellen ihres eignen Landes.

Wier Liter Wasser pro Tier, das sind 4000 Liter, dazu die 2400 Liter für die Mannschaften zusammen rund 6500 Liter — und eine Handvoll Weizen läßt man daneben verdursten.

Husland.

Oestreich-Ungarn.

Der Nationalitätenhader zwischen Kroaten und Magyaren hat zu neuen Tumulten geführt. In Japrestisch kam es zu einem blutigen Handgemenge zwischen der Gendarmenriege und der Volksmenge, welche die auf dem Bahnhofgebäude gehängte ungarische Fahne gewaltsam entfernt hatte. Dabei wurden zwei Bauern erschossen sowie sieben Personen schwer und zwanzig leicht verletzt.

Agram, 18. August. Aus Anlaß der Vorfälle in Japrestisch kam es heute abend hier zu Kundgebungen. Kavallerie überdeckte die Straßen, worauf Ruhe eintrat. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Italien.

Selbstmorde in der italienischen Armee. Rom, den 16. August. (Fig. Ver.) Die zunehmende Häufigkeit der Selbstmorde im italienischen Heere hat den Kriegsminister Ottolenghi veranlaßt, den Militärbehörden in einem geheimen Rundschreiben besondere Instruktionen zu geben, um dem Umschlag solcher Verzweiflungsthaten Einhalt zu gebieten. Der „Avanti“ vom 15. August druckt das Rundschreiben ab. Dies der Wortlaut des Schreibens:

Rom, den 31. Juli 1903.

Bezugnehmend auf das Circular vom 28. Juli 1902, Nr. 1476, sieht sich das Kriegsministerium genötigt, die Aufmerksamkeit der Militärbehörden auf die Häufigkeit der Selbstmorde im Heere zu lenken.

Allerdings wirken dieselben Ursachen, die in allen Gesellschaftsklassen eine Steigerung der Selbstmorde bewirken, auch im Heere. Da aber hier diese unglückliche Reizung zum Selbstmord noch begünstigt werden kann durch die Veränderung der Lebensgewohnheiten und der Umgebung, sowie durch die Trennung von der Familie, ist es notwendig, daß alle Offiziere und Unteroffiziere, denen die Leitung der Soldaten obliegt, mit besonderer Sorgfalt darüber wachen, die Stimmung der Soldaten gut zu erhalten, indem sie sich um sie bekümmern, ihre Bedürfnisse kennen lernen, für ihre Gesundheit Sorge tragen. Der Vorgesetzte, der sich auf diese Art die Liebe seiner Untergebenen zu gewinnen weiß, wird auch die

Disciplinarergehen verhindern können und somit die Strafen, die auf sie folgen, welche Strafen oft dazu beitragen, reizbare Charaktere aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Das Ministerium wiederholt darum den Militärbehörden die in dieser Angelegenheit schon im vorigen Jahre gegebenen Anweisungen und fordert dringend auf, darüber zu wachen, daß die Vorgesetzten den Soldaten gegenüber mit Wohlwollen vorgehen, ohne Schwäche, aber auch ohne übertriebene Strenge und ohne je jene väterlichen Gefühle und Umgangsformen zu verlieren, zu denen der Vorgesetzte im Verkehr mit dem Untergebenen verpflichtet ist.

Vor allem ist auch das Naturell und der Charakter der Soldaten zu achten und auch ihre Familienverhältnisse; die Kenntnis dieser Umstände ist nötig, um gelegentlich den Untergebenen helfen oder raten zu können und ihnen gegenüber jene Rücksicht zu üben, die durch besondere Verhältnisse geboten sein kann. Vor allem sind es schwächliche und anormale Individuen, die zum Selbstmord neigen, und es ist deshalb strenge Pflicht, sich dieser besonders anzunehmen und ihren persönlichen Umständen besonders Rechnung zu tragen.

Das Ministerium empfiehlt den Militärbehörden, den Offizieren und Unteroffizieren dringend, dem Gegenstande dieses Circulars ihr Interesse und ihren Eifer zuzuwenden.

gez.: Der Minister Ottolenghi.

England.

Ueber den fünften Kongreß britischer Handelskammern, der dieser Tage in Montreal abgehalten wurde, berichtet das „Neuerische Bureau“: „Ein Kongreß der Handelskammern des Reiches nahm Beschlüsse an, die sich auf die Ausdehnung der Handelsvertragsrechte, Reorganisation des Konsularwesens mit Rücksicht auf eine Förderung des Handels des Reiches und eine Verbilligung des Portos periodischer Zeitschriften zwischen Großbritannien und den Kolonien. Der Kongreß beriet ferner einen Beschlusse, der sich für die Annahme einer Handelspolitik ausspricht, die auf gegenseitigem Nutzen der in Betracht kommenden Teile des Reiches gegründet sei. Ferner solle die Reichsregierung eine besondere Kommission ernennen aus Vertretern Großbritanniens, der Kolonien und Indiens, deren Aufgabe es sei, die Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, wodurch die Handelsbeziehungen mit dem Reich ausgebeutet und gestärkt und der Handel mit dem Auslande erleichtert würde.“

Eine kuriose Meldung. Was heißt „Ausdehnung der Handelsvertragsrechte“, und welcher Art ist die Handelspolitik, die auf gegenseitigem Nutzen der in Betracht kommenden Reichsteile gegründet ist? —

Rußland.

Zum Ausbruch in Kiew. Der Generalgouverneur der Provinzen Kiew, Podolien und Wolhynien, General Dragomirov, veröffentlicht in der Zeitung „Niewskanin“, um den angeblich „gefälschten Berichten“ entgegenzutreten, die über die Streikunruhen in Kiew verbreitet werden, eine lange offizielle Darstellung der dortigen Streikbewegung. Nach dieser Schilderung brach der Streik der Eisenbahn-Arbeiter ganz unerwartet aus infolge der Aufregung durch Agitatoren. Diese Agitatoren sollen auch alle Ausschöngungsversuche bereit haben, so daß man die Werkstätten schließen mußte. Die Leute gingen darauf dazu über, Züge aufzuhalten und das Militär, das aufgebeten wurde, um sie auseinanderzutreiben, mit Steinen zu bewerfen. Dadurch wurde das Militär genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Streikenden veranlaßten außerdem Arbeiter anderer Fabriken, die Trambahnschaffner und Konduktoren, Setzer aus verschiedenen Druckereien, Tabalarbeiter, Bäcker und eine Menge anderer Leute zur Arbeitseinstellung. Diese Arbeiter sollen zum Teil durch Drohungen zum Streik gezwungen worden sein.

Nach einer andern Mitteilung in demselben Blatte hatte die Polizei bei Unterdrückung des Tumultes auf dem Quai Podola zwei Verwundete, während die Zahl der verwundeten Soldaten sich auf zehn belief. Von den Streikenden fielen zwei Mann. Zum Glück blieb das Volk nüchtern, weil man flüchtigweise sofort das Schließen der Brauereieinläden angeordnet hatte. General Dragomirov wartet wiederholt das Publikum davor, an Ansammlungen auf der Straße teilzunehmen oder auch nur als Zuschauer stehen zu bleiben, da es sonst im Falle von Unruhen Gefahr liefe, von den Truppen unsanft behandelt zu werden. Der General macht ferner bekannt, daß jeder Arrestierte, selbst wenn er sich nicht an den Unruhen beteiligt haben sollte, eine Strafe von drei Monaten Gefängnis oder 500 Rubel zu gewärtigen habe.

Türkei.

Ein Erlaß des bulgarischen Revolutionskomitees. Die Wiener Blätter veröffentlichten in einem Privattelegramm einen Brief Sarafows aus Sofia an die Direction der orientalischen Bahnen, worin der Generalstab des Revolutionskomitees von Mazedonien und Adrianopel die Direction beständig, daß der Zustand zur Befreiung der türkischen Bevölkerung Mazedoniens und Adrianopels von der türkischen Herrschaft neuerdings beschlossen wurde. „Da wir“, heißt es in dem Briefe, „hierbei notwendig gegen die Eisenbahnen werden Attentate verüben müssen, bitten wir die Direction, aus Menschlichkeitsgründen keine Reisenden auf den orientalischen Bahnen aufzunehmen, damit keine unnützen Opfer zu beklagen sind.“

Türkische Truppenzusammenschickungen in Mazedonien. Im dritten Korpsbereich Saloniki beträgt die Gesamstärke der konzentrierten Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Specialwaffen ca. 170 000 Mann, wodurch man bei geschickter Führung auch einer ausgedehnten Bewegung gewachsen wäre.

Kämpfe mit den Aufständischen. Nach türkischen Berichten aus Monastir vom 15. d. Mts. versuchte eine 200 Mann starke Bande eine türkische Ortschaft im Bezirke Sorowitsch in Brand zu setzen. Die türkischen Truppen verfolgten die Bande, der es jedoch gelang, zu entkommen. Im Orte Voscaga (Bezirk Korina) kam es zu Zusammenstößen zwischen Truppen und einer Bande, die ein Dorf durch Dynamitbomben fast vollständig in Brand gesteckt hatte, von den türkischen Truppen aber unter beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen wurde.

Am Engpasse von Selenelo, einer Bahnstation zwischen Nestib und Köprülü hat infolge eines Landenangriffes auf die Bahnwache ein größerer Kampf stattgefunden. Die Verluste sollen auf beiden Seiten erheblich sein. Bisher wurden ein toter und drei verwundete Soldaten nach Nestib gebracht. Die Telegraphen-Verbindungen von Selenelo nach Nestib und Köprülü sind gestört. Die Soldaten des Militärges, gegen den sich der kürzlich gemeldete Anschlag bei Selenelo richtete, haben die Bahnarbeiter, denen sie die Schuld an der Explosion der Dynamitpatronen beimahen, überfallen und vier derselben getötet und einen verwundet. Im Kreise Agostos im Wilajet Saloniki sind vier türkische und griechische Dörfer von Banden gebrandschatzt und geplündert worden.

Ferner wurde in einem Orte des Kreises Kruschetwo eine einige hundert Mann starke Komitee-Bande umzingelt und teils vernichtet, teils gefangen. Die Gefangenen wurden nach Monastir gebracht.

Amerika.

Zur Charakteristik amerikanischer Gewerkschaftszustände. New York, 8. August. (Fig. Ver.) Wenn die letzte wirtschaftliche Prosperitätsperiode wesentlich zur Ausbreitung des amerikanischen Gewerkschaftswesens beigetragen hat, so hat sie andererseits jedoch auch die Korruption unter den Gewerkschaftsführern mächtig gefördert. In den vielen Untersuchungen gewerkschaftlicher Gelder, die hier in letzter Zeit bekannt geworden sind, kommt jetzt ein „neuer Fall“, der zugleich ein recht interessantes Streiflicht auf die engen Beziehungen zwischen manchen Gewerkschaftsleitern und den großen Unternehmern ihrer Branche wirft. Gegen Ende vorigen Jahres war der Schatzmeister der hiesigen „Steinhauer-Union“, Murphy, verhaftet worden, und zwar unter Wahnahme beträchtlicher Unionsgelder, die von den Mitgliedern auf 10 000—25 000 Dollar beziffert wurden. Man hörte dann nichts mehr über die Sache, bis vor 1 1/2 Monaten Murphy wieder hier auftauchte und in der Union erschien. Natürlich erregte dies großes

Kuffen, das sich noch steigerte, als er nach seiner Verhaftung (die auf einen Verhaftsbefehl hin erfolgte, der seiner Zeit nach Meldung der Unterbringung an die Staatsanwaltschaft ausgestellt worden war) erklärte, man könne ihm gar nichts anhaben, da er nicht wegen Diebstahls angeklagt werden könne, weil er Miteigentümer des Uniongoldes gewesen sei und sich doch nicht selbst bestehlen konnte! Es herrschte selbstverständlich grenzenloses Erstaunen über diese „Reisbetät“; aber die Stellungnahme des Verteidigers Murphy — eines früheren Staatsanwalts — klärte die Sache auf, wenn auch in etwas anderer Weise. Der Verteidiger machte nämlich vor Gericht geltend, daß es sich um eine Summe handele, die der Union gar nicht gehöre, sondern Murphy und anderen Personen seitens der Unternehmervereinigung und einzelner Unternehmer für „geleistete Dienste“ ausbezahlt worden sei, die darin bestanden, daß jene Gewerkschaftsleiter die Beendigung von Streiks besorgten. Wie die Gerichtsverhandlung ergab, handelte es sich tatsächlich um 10 000 Dollar, die für Beendigung eines allgemeinen Streiks im Borough Brooklyn „Loder Gemacht“ worden waren. Zuerst war von Murphy und Konsorten eine Summe von 50 000 Dollar gefordert worden, die aber „nach stundenlangem Handeln“ auf 10 000 Dollar herabgesetzt wurde.

Trotzdem verurteilte schließlich das Gericht den ungetreuen „Schahmeister“, der so sein mit den Unternehmern zu mangeln verstand, zu 5 1/2 Jahren Gefängnis. Es kamen nämlich bei den Verhandlungen noch allerlei andre Verrätereien zu Tage. Aus den Büchern der Union wurde festgestellt, daß Murphy außerdem 15 000 Dollar nicht verrechnet hatte, von denen 14 000 Dollar aus Beiträgen der Mitglieder zum Krankenkasentonds bestanden und 1000 Dollar aus einem Posten, den die Union seiner Zeit für die streikenden Anthracit-Kohlenarbeiter angewiesen hatte, und der auch als Ausgabe gebucht, aber nicht abgeschrieben worden war. Murphy hatte dieses Geld für sich gebraucht. Dagegen haben von den 10 000 Dollar, die er für die Beendigung des Brooklyn Streiks erhielt, die übrigen Beamten der Union, wie er nach der Urteilsverurteilung im Gerichtssaal erklärte, ihren Teil abgenommen.

Landtagswahlbewegung.

Wann haben die Landtagswahlen statt? Eine Berliner Korrespondenz will erfahren haben, daß die Urwahlen am 9. November und die Abgeordnetenwahlen am 16. November vorgenommen werden sollen. Wenn das richtig wäre, dann wären noch etwa neun Wochen bis zum Tage der Urwahlen. Es ist leider keine Frist vorgeschrieben, wie lange vorher die Wahlen auszusprechen sind und wie lange vor den Wahlen die Listen ausgesetzt werden müssen. Es ist nur bestimmt, daß die Listen drei Tage lang zur Einsicht ausgesetzt werden müssen. Eine gewisse Frist zwischen der Auslegung der Urwählerlisten und dem Tage der Urwahl ergibt sich nur praktisch dadurch, daß nach Abschluß der Urwählerliste erst die Abteilungslisten gebildet werden können und dann diese wieder drei Tage lang jede in ihrem Bezirk aufhängen müssen. Jedenfalls ist trotzdem damit zu rechnen, daß zwischen der Wahlauszeichnung und dem Wahltermin ein sehr kurzer Zeitraum liegen wird und es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, daß die Wahlen wesentlich später wie Anfang November sein werden; im Jahre 1898 waren die Urwahlen am 27. Oktober und die Abgeordnetenwahlen am 3. November. Für alle Fälle müssen die Parteigefahren damit rechnen, daß ihnen nicht mehr viel Zeit zu den Vorbereitungen zur Verfügung steht und daß besonders die wichtige Arbeit der Listendurchsicht in ganz kurzer Zeit getan werden muß.

Das Centrum und die Landtagswahlen. Dieser Tage schrieb die „Königliche Volks-Zeitung“, das führende Blatt des Centrums am Rhein, es wäre verfehlt, wollte das Centrum bei den Landtagswahlen unter allen Umständen gegen die Socialdemokraten auftreten. Die „Germantia“ dagegen, das führende Berliner Centrumsblatt, meint, es freite an Aberwieg, daß bürgerliche Parteien bei der Landtagswahl mit uns zusammengehen sollen. Das Centrum wird das natürlich unter sich auszumachen haben. Wir haben es noch nicht aufgefodert, bei den Landtagswahlen mit uns zusammenzugehen.

Partei-Nachrichten.

Zum Bericht des Parteivorstandes wird von Kostock aus darauf aufmerksam gemacht, daß die Moskoder Streikposten-Verordnung inzwischen auch in aller Form zurückgezogen worden ist.

Die Kreisconferenz für Friedeberg-Brandwalde, die am 16. d. M. in Sordamun abgehalten wurde, wählte zum Kreisvertrauensmann den Genossen Büch in Woldenberg.

Mit der Vicepräsidentenfrage beschäftigten sich die Augsburger Parteigenossen anlässlich der Besprechung der Aufgäbe des Parteitag. Sowohl der Referent Mollwagen wie die übrigen Redner traten den Ansichten Bernsteins ganz entschieden entgegen. Dem Parteitag delegierten wurde aufgegeben, auf dem Parteitag den Standpunkt der Versammlung zu vertreten.

In einer kürzlichen Parteiversammlung vertrat Genossenschaft Segis unter allgemeiner Zustimmung den bisher von unsrer Partei eingenommenen Standpunkt, daß wir unser Recht auf einen Sitz im Reichstag geltend machen, wenn damit nicht höfliche Verpflichtungen verbunden sind, die sich die bürgerlichen Parteien selbst aufgebürdet haben.

Den Ansichten Bernsteins und Bollmards trat Genosse Segis entgegen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Majestätsbeleidigung, welche, wie gestern mitgeteilt wurde, Genosse Nische von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ mit drei Monaten Gefängnis büßen muß, soll durch eine Lokalnotiz, die in jener Zeitung bezogen sein, worin in einer polemischen Wendung gegen einige bürgerliche Blätter, die sich in tiefen Betrachungen darüber ergangen hatten, was König Georg über den Anfall der Reichstagswahlen denke, dem Sinne noch demerkt worden war, dem sächsischen Volke könne es gleichgültig sein, was der König über die Wahl denke. Der Fall ist noch deshalb besonders interessant, weil die Strafverfolgung gegen Nische erst eingeleitet worden ist, nachdem das konservative „Vaterland“ den Staatsanwalt auf die Koliz aufmerksam gemacht und Wertveränderung darüber gehandelt hatte, daß man solche Sache durchgehen ließe.

Aus Industrie und Handel.

Die Geschäftslage in der Maschinenfabrikation zeigt kein einheitliches Gepräge. Es ist bei der Vielgestaltigkeit dieses Gewerbes schwer zu sagen, ob die teilweise erhebliche Verleserung in einigen die Verschlechterung in anderen Branchen aufwiegt. In den Zweigen des Gewerbes, die sich einer wesentlichen Verbesserung erfreuen, gehört die Fabrication von landwirtschaftlichen Maschinen. Hier ist infolge der günstigeren Erwerbsverhältnisse in der Landwirtschaft einerseits und des zum Teil noch immer bestehenden Rentemangels andererseits die Anschaffung von Maschinen in Zunahme begriffen. Ramentlich sind Näh- und Ernte-Maschinen begehrt. Die Dampfessel-Fabrikation liegt noch immer danieder. Aufträge laufen nur spärlich ein. Sehr empfindlich wird die Branche durch die immer mehr zunehmende Anwendung der Hochdruck-Gasmotoren in Mühlenbetrieben geschädigt. Die vorhandenen Dampfessel werden in solchen Anlagen entlastet, und Neuanlagen werden selten gemacht. Was der Dampfesselbau zum Teil verliert, gewinnt die Fabrication von Gasmotoren. Hier sind die Aufträge durchaus genügend, um die Arbeitskräfte normal zu beschäftigen. Für Sauggasanlagen besteht sogar stetig steigende Nachfrage. Der Lokomobilbau hat noch wenig Aufträge aus der Industrie; soweit er beschäftigt ist, sind ihm Verstellungen aus der Landwirtschaft zugeflossen. Ganz besonders hebt sich der Abzug in Spiritus-Lokomobilen. Seitdem es gelungen ist, die Konstruktion dieser

Lokomobilen durch Wegfall des Kühlwasserbehälters wesentlich zu vereinfachen, findet sie zunehmende Verwendung in der Landwirtschaft. Recht befriedigend sind auch die Betriebe beschäftigt, die Maschinen für das Textilgewerbe anfertigen. Dagegen stehen aus dem Cementgewerbe, aus der Ziegelei, selbst aus dem Bergbau recht wenig erhebliche Aufträge dem Maschinengewerbe zu. Mit am ungünstigsten geht es den Werkzeugmaschinen-Fabrikanten. Der Bedarf will sich immer noch nicht heben.

Der größte Rheinhafen. Die „Rhein- und Ruhr-Zeitung“ in Duisburg bringt einen triumphierenden Artikel „Duisburg der größte Rheinhafen“, in dem darauf verwiesen wird, daß Duisburg im Jahre 1902 erstmals die Verkehrsziiffern Ruhrort's übersteigt hat und „damit an die erste Stelle unter den Rheinhäfen und auch unter allen Binnenhäfen Europas gerückt“ ist. Duisburg hat seinen Verkehr in 10 Jahren mehr als verdoppelt und die Zahl von 6 621 098 Tonnen erreicht, 300 000 Tonnen mehr als Ruhrort, das ihm sonst stets voraus war. Hafenerweiterungen und Bahnanlagen werden als Ursachen der Zunahme genannt. Fast 60 Proz. der Tonnenzahl fallen auf die Kohlen- und Coaksabfuhr.

Der direkte Uebersee-Verkehr ist in Duisburg, wie überhaupt am Rhein, trotz neuerlicher Zunahme immer noch verhältnismäßig gering. Für Duisburg betrug der Rheinhafen-Verkehr 50 339 Tonnen (für Köln 94 806, für Ruhrort 26 880).

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika. Interessante Mitteilungen über die Einwanderung in die Vereinigten Staaten bringt die Monatschrift „Review of Reviews“ in ihrer Juli-Ausgabe. Das Jahr 1892 war, wie der „Hambg. Korrespondent“ diesem Artikel entnimmt, bis heute das Rekord-Jahr für die Einwanderung mit der Zahl 788 992. Das Jahr 1903 wird aber diese Ziffer um mindestens 100 000 übersteigen.

Die meisten Einwanderer kommen jetzt nicht, wie früher, aus dem Norden Europas, nämlich aus Deutschland, England und Skandinavien, sondern aus Italien, Oestreich-Ungarn und Rußland. Die gegenwärtige Einwanderung ist die größte Völkerveränderung, die die Welt, seit die Götter und Franken in die römischen Länder vordrangen, gesehen hat.

Was die Nationalität der Einwandernden betrifft, so stehen die Italiener an der Spitze der Liste mit 180 535 — 152 915 aus Süditalien, die übrigen aus Norditalien. Es folgen Polen mit 69 620, russische Juden mit 57 688, Standruarier mit 55 780 und Deutsche mit 51 686, was der allgemeinen Annahme, daß die Einwanderung von Deutschen beinahe aufgehört habe, widerspricht. Die Einwanderung aus Deutschland selbst ist allerdings auf ein Neuntel ihrer Höhe von 1882 zurückgegangen; allein Deutschland ist nicht das einzige Land, in dem Deutsche wohnen. Oestreich sendet den Vereinigten Staaten beinahe zweimal so viele Deutsche wie Deutschland selbst, und eine große Anzahl kommt aus der Schweiz und aus Rußland. Ferner zeigt die Einwandererliste 30 931 Slowaken, 30 233 Kroaten und Slavonen, 20 001 Irländer, 23 610 Magyaren, 14 942 Engländer, 14 455 Japaner und 13 868 Jemen. Von englisch sprechenden Einwanderern kamen ungefähr 75 000, davon 46 036 aus Großbritannien, die andern aus Kanada.

Der Prozeß Humbert.

Kürzer Verhandlungstag.

Paris, 18. August.

Eingeleitet wird die Verhandlung durch eine kurze Zeugenvernehmung, und zwar auf besonderen Wunsch der Angeklagten, trotzdem Bankier Vernard, dessen Bruder sich infolge des Zusammenbruchs das Leben genommen hat, ungünstig für Theresie ausfällt. Diese wollte von dem Bankier, in dessen Bank die Humberts Wertpapiere deponiert hatten, die Befähigung haben, daß sich in seinem Depot auch die Rententitel von 3 und 4 Franc, deren Fälligkeit die Humberts besuldigt werden, befunden haben. Vernard giebt trotz der lebhaften Proteste Theresiens und auch Frédéric Humberts an, daß sich in den Büchern der Bank auch nicht die Spur einer Notiz über diese Rententitel finde.

Dann beginnt

Generalprokurator Blondel

sein Plaidoyer. Blondel spricht ruhig und ohne Aufregung. Er ist ein behärdiger jovialer Herr mit weichem Vadenbart. Und eine gewisse Güntmütigkeit spricht sich auch in der ganzen Zusammenstellung seines Plaidoyers aus. Er begründet die Anklage ohne jede Ueberbäumlichkeit mit gleichmäßiger Stimme. Selbstverständlich sind die Angeklagten schuldig und in seinen Augen Schwindler und Betrüger, er erzählt dies den Geschworenen aber in einer so liebenswürdigen und freundlichen Form, daß selbst Theresie ihn lächelnd zuhört, als sähe sie in der Loge bei einem Lustspiel und nicht vor den Geschworenen.

Herr Blondel macht zunächst zur Einleitung seiner Rede den Geschworenen sein Kompliment. Dann erörtert er den rechtlichen Standpunkt, daß die Humberts zwar eigentlich wegen ihrer Gaunereien vor die Strafkammer gehört hätten, daß man sie aber wegen der Fälligkeiten — bekanntlich ist dies der schwächste Punkt der ganzen Anklage — vor die Geschworenen habe stellen müssen. Wenn Theresie — so nennt sie der öffentliche Ankläger ganz familiär — sich freue, vor den Geschworenen erscheinen zu können, so freue sich die seit mehr denn 20 Jahren an der Nase herumgeführte Göttin Justitia noch mehr, daß sie endlich die Gelegenheit habe, den Humberts ihren wohlverdienten Lohn zu teil werden zu lassen.

Der öffentliche Ankläger schildert zunächst das Benehmen der Humberts während des jetzigen Prozesses. Er wirft ihnen Lügenhaftigkeit vor und schildert die Familiengeschichte der Humberts. Er spricht von einer — bis daher unbekannt — Geburtshemfälligkeit, die Theresie bereits als 13-jähriges Mädchen zum Raube ihrer Schwieger ausgeführt haben soll. Schon damals habe sich in Theresie die Individualität einer Verbrecherin gezeigt und langsam sei aus der Fälligkeit um einen kleinen Gewinn jener Riesenschwindel gereift.

Herr Blondel geht dann zu der chronologischen Aufzählung der Einzelheiten des

Crawford-Schwindels

über. Und hier ist es der Herr Generalprokurator, der, nachdem er noch einmal seine Ueberzeugung von dem Nichtvorhandensein der Millionen und der Crawford's ungeschwiegen hat, nun selbst gewisse Enthüllungen macht, wenn auch nur darüber, wie die Humberts nach Ansicht der Staatsanwaltschaft auf den Namen Crawford gekommen sind. Romain Daurignac soll der Erfinder des Namens Crawford sein. Er habe im schönen Santa Fé in Argentinien einen Schulmeister Crawford kennen und schätzen gelernt und von diesem Schulmeister habe er den Namen entlehnt. Theresie lächelt dazu; der inzwischen gerade von seinen Träumen oder gar einem kleinen Nachmittagsläschen erwachte Romain aber lacht so herzlich, daß er starkes Nasenbluten bekommt. Man bringt ihm Wasser und der kleine Zwischenfall ist vergessen.

Weiter spricht der Staatsanwalt von den gefälschten Rententiteln, mit deren Hilfe es Theresie gelungen sei, sich unbegrenzte Kredite zu verschaffen. Ueber die Thatsache, daß ein Gerichtshof mehr als 17 Jahre einen Prozeß verhängeln konnte, ohne daß er sich um die Identität der sich belagenden Parteien kümmerte, gleitet Herr Blondel möglichst schnell hinweg. Doch kann auch er hier nicht umhin, einen schweren Fehler der französischen Prozedurordnung zu konstatieren. Um einem Einwurf der Verteidigung, daß die Fälligkeit bereits verjährt sei, eventuell vorzubeugen, erklärt Herr Blondel, daß schon in dem ungeheuren Haushaltungsverbrauch der Humberts in den Jahren 1899 bis 1902 ein Betrag und eine Verschwendung falscher Thatsachen gelegen habe.

Ueber die Flucht der Humberts

nach Madrid holt er alle nur irgend verdächtigen Momente herbei und sucht nachzuweisen, daß die Humberts tatsächlich in Madrid flucht vor den Verfolgungen der Polizei verstecken wollten. Auch sucht er gleichzeitig die bereits geschilderte, bei der Voruntersuchung festgestellte Unregelmäßigkeit bei der Ver-

nehmung des Anwalts du Quil als keine Ungefehltheit hinzustellen. Er wendet sich im Anschluß daran energisch gegen die Versuche der Angeklagten, diesem Prozeß ein politisches Gepräge geben zu wollen, und verliest eine Anzahl Briefe des Justizministers Vallé an den Bankier Cattani, aus denen hervorgeht, daß die Verbindung zwischen diesen beiden durchaus eine rein geschäftliche gewesen.

Nach einer kurzen Unterbrechung kehrt der öffentliche Ankläger zu dem Crawford-Schwindel zurück und bemerkt, daß trotz aller Enthüllungen Theresiens, die etwa noch kommen könnten, nie man die Thatsache aus der Welt schaffen könne, daß man unter dem angenommenen Namen Crawford fünfzehn Jahre lang Personen habe reden, handeln und prozessieren lassen, die überhaupt nicht existiert haben. Alle Einwände Theresiens und selbst die Zeugenaussagen des Notars Dumont und der Parahres haben nicht davon überzeugen können, daß die Humberts thatsächlich in dem Besitz jener Millionen gewesen seien. Jedenfalls aber hätten die Zeugen sich durch entweder geborgte oder aber, was wahrscheinlicher sei, gefälschte Papiere täuschen lassen und diese falschen Rententitel wären dann vor der Abreise der Humberts nach Madrid dem Vernichtungsfener zum Opfer gefallen.

Schließlich kommt der Staatsanwalt noch auf die Beteiligung Frédéric Humberts an dem ganzen Schwindelgebäude zu sprechen. Er hebt hervor, daß die Verhandlung klar und deutlich erwiesen habe, daß Frédéric nicht von Theresie geleitet, sondern mit seinem juristischen Scharfblick weit eher jene geleitet habe. Er hält es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß Frédéric selbst seinen eignen Vater, den Justizminister, durch gefälschte Schriftstücke betrogen habe.

Präsident Bonnet hat unterdessen schon wiederholt nach der Uhr gesehen. Endlich sieht das Herr Blondel und bricht gegen 6 Uhr seine Rede ab, um morgen über die Beteiligung der einzelnen Familienmitglieder weiter zu sprechen.

Paris, 19. August. (B. T. V.) Generalanwalt Blondel führt weiter aus, Romain und Emile Daurignac hätten in Bayonne für die Crawford's in Procura gezeichnet und damit eine Fälligkeit begangen. Blondel geht dann die verschiedenen Kategorien der Personen durch, die den Humberts Geld geliehen haben, und bemerkt, diese hätten keine Klage erhoben, weil sie sich nicht als Däpnierte zu erkennen geben wollten. Redner geht dann zu der Riesengauerei über, welche die Angeklagten mit der Reute Viagère vollführt hätten, und behandelt die Rolle, welche die einzelnen Angeklagten dabei gespielt hätten, und die sie daher treffende Verantwortlichkeit. Romain habe sich persönlich daran beteiligt, während die Teilnahme seines Bruders weniger direkt gewesen sei, indessen sei auch dessen Verantwortlichkeit sicher.

Blondel weist sodann auf die Hauptrollen hin, die Theresie und Frédéric Humbert gespielt haben. Dieser habe den Grund zu einer ungeheuren Betrügerei gelegt. Theresie habe mit allen Mitteln sehr reich zu werden gesucht. Beide begannen zusammen mit Romain und Emile Daurignac ein Räuberunternehmen. Blondel sagt dann das Vergehen der Humberts vom moralischen, sozialen und materiellen Standpunkt zusammen. Der der öffentlichen Moral zugefügte Schaden bestehe in der Verhöhnung der Justiz durch 17 Jahre lange Prozeßführung zu Gunsten einer gar nicht existierenden Partei. Die Geschworenen würden ihre sociale Aufgabe mit Verständnis und Festigkeit erfüllen. Sie würden den Angeklagten zeigen, daß das Pariser Gericht sich durch ihre Winkelzüge nicht habe täuschen lassen, und durch die Beurteilung der Wahrheit und der Gerechtigkeit, die so lange mißachtet gewesen seien, den Sieg sichern. Dem Generalanwalt wird am Schluß seiner Rede von den Zuhauern Beifall gesendet. Dann wird die Sitzung unterbrochen. Bei Wiederanfnahme derselben ergreift Labori das Wort.

Der Verteidiger Labori erklärt in seinem Plaidoyer, Theresie Humbert habe ihm das Geheimnis betreffend das Vorhandensein der Crawford's und der Millionen anvertraut, habe ihn aber verboten, es vor der Stunde, welche sie wählen werde, zu enthüllen. Labori erinnert an das Vertrauen, welches Behörden und Beamte in die Humberts gesetzt hätten, und sagt, die von Theresie Humbert gegebene Darstellung der Sache sei weniger unwahrscheinlich, als man glaube, unter der Voraussetzung, daß die Crawford's einen den Patrioten verhassten Namen tragen. Labori bespricht sodann die Rechtsfrage, wobei er anführt, daß eine Fälligkeit im juristischen Sinne nicht vorliege.

Die Fortsetzung des Plaidoyers wird auf morgen vertagt und die Sitzung geschlossen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Empörung des Glens. Die bekannte Lotteriefirma D. Levin, Resipitely, unterhält unter der Firma Drenkhahn in der Dirdenstraße eine Schreibstube, in der emigo dreißig Personen beschäftigt sind. Schon im März dieses Jahres gelang es diesen Angestellten, mit der Unterstützung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfen eine kleine Lohnerhöhung zu erlangen. Die Firma verweigerte sich vertraglich, den neu vereinbarten Lohnsatz beizubehalten. Jetzt hat die Firma unter Vertragsbruch den Lohn wieder auf den alten Satz herabgedrückt, unter dem die Angestellten einen Durchschnittslohn von 10 Mark pro Woche verdienen. Nach erfolglosen Verhandlungen haben nun die Angestellten am Mittwochmittag die Arbeit niedergelegt. Die Kollage der streikenden Angestellten wird am treffendsten charakterisiert durch das unter der Maske des Wohlwollens gemachte Anerbieten des Herrn Drenkhahn, seinen Angestellten von jetzt an Hausarbeit mitgeben zu wollen, damit sie einschließlich der Bureau-Arbeit auf einen Tagesverdienst von 3 M. kommen könnten. Es wird dringend ersucht, jeden Zugang fernzuhalten.

Zum Streik der Marmorarbeiter. In Ausführung des Beschlusses der letzten Streikversammlung hat nunmehr auch der größte Teil der bislang noch arbeitenden Kollegen die Arbeit niedergelegt; der Ausstand ist damit allgemein geworden. Mit den wenigen Personen, die sich den Ausständigen nicht angeschlossen haben, dürfte kaum ein mittlerer Betrieb aufrecht zu erhalten sein. Auf Antrag der Streikenden hat das Einigungsamt erneut einen Versuch zur Beilegung der Differenzen gemacht, indem es an die alte, zu gleichen Teilen aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehende Tarifkommission eine Einladung zwecks Verhandlungen ergab. — Auch bei diesem Streik zeigt die Polizei wieder ihre bekannte Rücksichtslosigkeit. Als nämlich am Dienstag ein Arbeiter vor dem Betriebe der Deutschen Steinindustrie Streikposten stand, wurde er von einem Schupmann kurzerhand festgesetzt. Auf seine Einwendungen, daß das Streikpostensetzen doch erlaubt sei, erwiderte ihm der diensttuende Lieutenant des 74. Polizeiregiments in der Stephanstraße: es sei von „Oben“ her angeordnet, das Streikpostensetzen nicht zu dulden, infolgedessen werde auch dementsprechend verfahren. Aus dieser längst vernutzten Anordnung von „Oben“ erklärt sich naturgemäß auch das ganze Verhalten der unteren Polizei-Organe bei allen Streiks.

Wächung, Bauhandwerker! Die Marmor- und Granitarbeiter stehen seit Montag, den 17. d. M., im Generalstreik. Wir ersuchen deshalb in der Hauptsache die Maurer und Eisener, die noch arbeitenden Steinmehrer und Säleiser auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, da bis jetzt noch keine Arbeitsberechtigungslisten ausgegeben sind.

Das Streikkomitee.

An die organisierten Bauhandwerker und Arbeiter. Seit dem 8. August kämpfen die Fliesenleger Berlins um die Durchführung eines Mindestlohnes von 80 Pf. und um die Anerkennung ihrer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation. Die Lohnforderung wäre längst durchgeföhrt, wenn wir nicht mit einer Sonderorganisation, der „Freien Vereinigung“, zu rechnen hätten, die sich unserem Kampfe nicht anschließen will.

welk sie sich auf einen Vertrag berufen, den sie seiner Zeit gegen den Protest der allein maßgebenden Organisation mit den Unternehmern abgeschlossen hat. Wir erlauben die organisierten Bauhandwerker von Berlin und Umgebung, darauf zu achten, daß jeder Hiesener in Besitz einer gelben mit dem Stempel der Organisation versehenen Arbeitsberechtigungskarte ist. Wer solche Karte nicht hat, der ist als Arbeitswilliger zu betrachten. Anfragen sind zu richten an die Lohnkommission der Hiesener bei Patz, Dragonerstr. 15. Fernsprecher Amt III, 6028.

Kuchbinder, Gasarbeiter- Arbeiter! Der Streik unserer Kollegen bei der Firma Gross, Leipzig, ist noch nicht beendet, demzufolge jedwede Arbeit für genannte Firma zu verweigern ist. Seitens der Firma wird versucht, die Arbeiten hier in Berlin anfertigen zu lassen. Also Vorsicht!

Desgleichen ist die Sperre über die Firma Sailer, Dessau, noch nicht aufgehoben; die Kollegen aus der Musterfabrik Franke wolle auf etwa hier zu vergebende Arbeit aufpassen und uns sofort Mitteilung machen.

Für Kartonarbeiter ist die Sperre über die Firma R. Wed, Albalberstraße, aufgehoben.

Die Ortsverwaltung der Jahrsstelle Berlin des Deutschen Kuchbinder-Verbandes.

Der Streik der Weberinnen und Spinner in der Rumelshurger Jutefabrik ist beigelegt durch Entgegenkommen der Direktion, welche der die formulierten Forderungen überbringenden Kommission die Einstellung der neun Entlassenen, vermeintlichen Mädelöhner, für den kommenden Montag zusagte, wie auch die Unterbindung der Mißstände. Die neun Personen wurden jedoch schon am vorigen Donnerstag eingestellt. Sind auch die vielen Mißstände durchaus nicht mit einem Schläge beseitigt, so birgt wohl der Ernst und die Entschlossenheit sämtlicher Arbeiterinnen und Arbeiter dafür, daß sie ihre Forderungen erreichen werden. Sind doch in drei Versammlungen über 200 Personen dem Verbands als Mitglieder beigetreten.

Deutsches Reich.

Die Maurerstreikung in Düsseldorf ist bis jetzt noch nicht so ausgedehnt, wie es nach den ersten Nachrichten schien. Nach den Feststellungen der Lohnkommission sind bei 19 Unternehmern und 150 Maurer ausgesperrt. Die Lohnkommission verhandelt mit den Unternehmern wegen der eingereichten Forderungen. Bei 8 Unternehmern wurde am Montag unterhandelt, wobei 5 der Forderungen der Arbeiter bewilligt. Bis Montagabend waren ausgesperrt resp. standen im Streik 25 Maurer und wohl ebensoviel Bau- und Erdarbeiter und dürften sich die Zahlen in den nächsten Tagen bedeutend erhöhen.

Zum Streik bei Lang in Mannheim wird uns berichtet: Eine von mindestens 2000 Streikenden besuchte Versammlung nahm am Dienstag den ersten Situationsbericht des Streikkomitees entgegen. Danach gingen heute früh von insgesamt 2495 Arbeitern der Fabrik einschließlich der Lehrlinge, Meister, Tagelöhner, Bureauangestellten etc. 403 zur Arbeit, darunter kaum 50 gelehrte Arbeiter. Die Lage kann demnach als günstig bezeichnet werden, da von einer Aufrechterhaltung des Betriebes keine Rede mehr ist. Auf Antrag des Reichstags-Abgeordneten Dreeschach beschloß die Versammlung einstimmig, um auch das letzte Mittel zur friedlichen Beilegung des Kampfes nicht unversucht zu lassen, die Fabrikinspektion in Marstraße um ihre Vermittlung zu bitten. Die Stimmung der Versammlung war die denkbar beste. Am Montag wurde eine Massenversammlung von Flugchriften vorgenommen, in denen die Bevölkerung über Ursachen und Hergang des Ausstandes aufgeklärt wird. Unter den bürgerlichen Vorkörpern trat sich besonders dasjenige des Centrums durch gehässige Belämpfung der Streikenden und ihrer Führer hervor.

Die Grimmitzhaner Textilfabrikanten haben der Arbeiterchaft einen Vorschlag zur Beendigung des Konflikts gemacht, sind aber darin so wenig den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegengekommen, daß diese in einer am Sonntagmorgen abgehaltenen Versammlung beschloßen, darauf nicht einzugehen. Die Arbeiter weisen mit Entschiedenheit das Ansuchen der Fabrikanten, bedingungslos die Kündigungen zurückzunehmen, zurück, da sie darin den Versuch erblickten, die Verhandlungen hinauszuschieben und so die Arbeiter um den Erfolg ihrer Bewegung zu pressen. Die Versammlung beauftragte aber den Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes, um ihren guten Willen zur friedlichen Beilegung der Differenzen zu zeigen, das Gewerbeamt als Vermittlungsamt anzusehen.

Die Hiesener in Hannover-Linden haben am Montag die Arbeit niedergelegt. In dem ganzen Bezirk sind nur 25 Arbeiter beschäftigt, von denen 24 in den Ausstand eingetreten sind. Die gestellten Forderungen lauten dahin, daß vom 15. August ab bis zum 1. April 1904 55 Pf. und von da ab 60 Pf. Stundenlohn bezahlt werden soll.

Sociales.

Die Gesundheitsverhältnisse der Gasanstaltsarbeiter. Nach Teiles Angaben in der „Zeitschrift für Gewerbehygiene“ sind die Stechlichkeit und die Erkrankungen der Gasanstaltsarbeiter größer als die normalen. Auch nach der deutschen Reichsstatistik kommt die größte Zahl der Krankentage bei den Arbeitern der chemischen Fabriken und der Gasanstalten vor, nämlich 8,8 Tage pro Arbeiter und Jahr. Abgesehen von häufigen rheumatischen Leiden, die durch den beständigen Temperaturwechsel hervorgerufen werden, hält Teiles die feste Einatmung der mit verschleimten Gasarten erfüllten Luft für das schädlichste Moment, indem diese zunächst verberlich auf die Verdauungsorgane wirkt und eine Herabsetzung der Ernährung und Verminderung der Widerstandskraft des Organismus bewirkt. Auch Erkrankungen der Atmungsorgane sind bei den Gasanstaltsarbeitern nicht selten. Ein ganz besonders schädlicher Umstand ist der, daß fast überall der Ofenarbeiter eine zwölfstündige Arbeitsschicht zu leisten hat, während der er die Arbeitstätte nicht verlassen kann. Da auch nur in seltenen Fällen Ofenarbeiter herangezogen werden, so muß der Ofenarbeiter außerdem alle 14 Tage beim Wechsel der Tag- und Nachtschicht sogar eine zwölfstündige Arbeitsschicht leisten. Diese langen Arbeitsschichten sind naturgemäß sehr anstrengend. Trotzdem haben nur wenige größere Gasanstalten ihren Ofenarbeitern durch Bildung von drei Arbeiterkolonnen eine tägliche Arbeitsschicht von nur acht Stunden ermöglicht, es außerdem erreicht, daß die zwölfstündigen Arbeitsschichten am Sonntag fortfallen, wie es in Arier üblich ist. Dadurch, daß dort die Ofenarbeiter in drei Kolonnen geteilt sind, von denen zwei in zwölfstündiger Tag- und Nachtschicht die eigentliche Ofenarbeit, die dritte aber in zwölfstündiger Tagsschicht die Hofarbeit (Abladen, Coalsverkauf etc.) verrichtet, erhält jeder Arbeiter, da Sonntags die Hofarbeit fortfällt, an zwei Sonntagen hintereinander 24 Stunden Ruhe und am dritten zwar nur eine zwölfstündige Ruhe, aber keine zwölfstündige Schicht mehr. Da die Gasanstalten meist städtische Betriebe sind und den städtischen Klassen meist einen ansehnlichen Gewinn abwerfen, so sollten die städtischen Behörden auf die Befreiung der gesundheitlichen Verhältnisse der Gasanstalts-Arbeiter durch Einführung kürzerer Schichten bedacht sein, auch wenn für die Kommune der Gewinn dadurch etwas gemindert wird.

Aus der Frauenbewegung.

Niedorf. Eine gutbesuchte Versammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Niedorf und Umgebung tagte am Dienstag bei Weniger in Orig. Dem interessanten Vortrag des Schriftstellers Davidsohn über „Heinrich Heine und die Frauen“ wurde reichlich Beifall gesendet. An der Diskussion beteiligte sich Frau J. e. In der Versammlung wurden 12 neue Mitglieder aufgenommen.

Verfassungen.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag fand in den Arminushallen in der Bremerstraße eine Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlkreises statt, in der Dr. Paulsenberg einen lehrreichen Vortrag über: „Die deutsche Arbeit“ hielt. — Der Vortrag erregte großes Interesse bei den Anwesenden. — Sodann erwähnte der Referent am Karl Fischer die Parteigenossen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Stadtverordneten- und Landtagswahlen unermüßlich agitatorisch zu wirken, um die Stimmigen aufzuräumen, und sich an den Arbeiten für die Partei eifrig zu beteiligen. Ferner gab der Vorsitzende Freitaler bekannt, daß über acht Tage die Generalversammlung des Wahlkreises stattfindet, die sich mit den Vorträgen zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz sowie mit der Delegiertenwahl befassen wird. Außerdem wird im Laufe dieses Monats ein Extra-Zahlabend stattfinden, der zur Information der Mitglieder über die Landtagswahlen dienen soll. Da die Wählerlisten nur drei Tage ausliegen, müssen möglichst frühzeitig Vorbereitungen getroffen werden, um eine genaue Kontrolle der Listen möglich zu machen. Kautsky's Schrift „Die Vernichtung der Sozialdemokratie“ soll gratis an die Mitglieder des Wahlkreises verteilt werden.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) erlebte in einer außerordentlichen Generalversammlung am Dienstag die bereits mehrfach erwähnte Diskussion über die Verhandlungen und Beschlüsse des diesjährigen Verbandstages. Schröder bemerkte, es sei eine undemokratische Ungleichheit, wenn bei den Unterführungen die verheirateten Kollegen den unverheirateten gegenüber durch höhere Sätze bevorzugt würden, da doch beide die gleichen Beiträge entrichteten. Ihm erwiderte Cohen, diese Ungleichheit lasse sich auf absehbare Zeit hinaus aus Gründen der Menschlichkeit nicht vermeiden, weil ein Unterbezahlter mit festgesetzten geringeren Unterführungsbeiträgen unzweifelhaft besser auskomme wie ein Familienvater mit den höheren. Fickweiler bemängelt unter anderem die angenommene Maitesolution und besonders die Stellungnahme der Verbandsbeamten Cohen und Pawlowitsch zu derselben. Die Maitesolution sei etwas Ideales; durch die Resolution sei sie aber ihres idealen Charakters entleert worden und es frage sich sehr, ob die Metallarbeiter in Zukunft noch Maidemonstrationen in dem bisherigen Umfang zu Stande bringen werden, zum mindesten würden diese durch den Beschluß des Verbandstages stark beeinträchtigt. Jedenfalls entspreche die Resolution nicht der allgemeinen Stellung einer so starken Gewerkschaft, wie es der Metallarbeiter-Verband sei. Cohen vertritt in seiner Antwort den auf dem Verbandstage von ihm eingenommenen Standpunkt. Der den 1. Mai feiert und dadurch gemäßigter wird, der müsse auch vom Verbandsamt genügend unterstützt werden; sei dies jedoch nicht möglich, dann möge man lieber auf die ganze Feier verzichten, denn die Maitesolution sei ohnehin nicht das Gewordene, was man sich anfänglich davon versprochen habe. Wiesenhal ist der Meinung, aus Grund der Resolution sei eine Maitesolution nach zwei Jahren nur möglich, wenn bis dahin in den Betrieben genügend vollberechtigte Mitglieder vorhanden sind, andernfalls sei die Maitesolution für die Metallarbeiter so gut wie begraben. Er für seine Person werde sich bedenken, unter solchen Umständen noch eine Maitesolution in den Vormittagsversammlungen zu halten. Neumann lasse sich allerdings nicht, daß sich bei den Gewerkschaften im allgemeinen eine gewisse Abneigung, um nicht zu sagen Abneigung, gegen die Maitesolution bemerkbar mache, wenn dies auch nicht allemal offen ausgesprochen werde. Schuld daran seien aber lediglich jene, von denen seiner Zeit die Maitesolution ins Leben gerufen wurde, denn jene Kreise hätten wohl die Feier beschlossen, doch die Kosten für die Maitesolutionen zu zahlen überlassen sie den Gewerkschaften. Handtke erinnert an die Maitesolutionen und Zimmerer, die jedes Jahr unter größeren Mai-Aussparungen zu leiden haben, trotzdem aber mit stets wachsender Begeisterung den 1. Mai feiern. Wohl habe sich die Feier nicht in dem Maße ausgewachsen, wie das im Jahre 1890 allgemein erwartet wurde. Doch wenn es eintreten sollte, daß durch den Verbandstages-Beschluß der ideale Gedanke, der in der Maitesolution liegt, bei den Mitgliedern erschüttert werde oder gar eine Abschaffung der Feier in der Metallindustrie zur Folge hätte, so sei das einfach eine Schande für den Metallarbeiter-Verband. — Damit war die Diskussion über diesen Punkt beendet, Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Zur Annahme gelangte sodann eine Resolution Duse, vom Hauptvorstand in Stuttgart eine Verzichtung der Bekämpfung in Nr. 31 der „Metallarbeiter-Zeitung“ dahingehend zu fordern, daß die Verwaltungsstelle Berlin in keiner Weise dem Bezirksleiter im 3. Bezirk unterstellt sei. — Bekannt gegeben wurde noch, daß Fiedler und Blumenthal in der vorigen Versammlung als Referenten gewählt sind.

Die Militärschneider befaßten sich in ihrer Versammlung am Montag mit der Frage: Welche Lehre ziehen wir aus unserem letzten Streik? Ritter machte in seinem Referat die Mitteilung, daß sich nach dem Streik nun auch hier in Berlin eine Arbeitgeber-Organisation dieser Branche gebildet habe unter dem Namen „Vereinigung der Berliner Uniformschneider-Geschäfte“. Ein Teil der Arbeitgeber hat sich der Vereinigung allerdings noch nicht angeschlossen, dennoch dürfte letztere bald einen bestimmenden Einfluß auf die ganzen Branchenverhältnisse erlangen. Wenn es nun auch ein günstiges Licht auf die Bedeutung einer Gewerkschaft werfe, daß durch deren Auftreten die Arbeitgeber zur Koalition veranlaßt würden, so sei doch niemals außer acht zu lassen, welchen ungleich stärkeren Widerstand ein in sich vereinigtes Arbeitgeberbündnis der Arbeiterchaft zu leisten vermag, als unorganisierte Arbeitgeber. Den besten Beweis dafür liefere gegenwärtig der „Nordwestdeutsche Arbeitgeber-Verband“, der sich in letzter Zeit auch die Uniformschneider-Geschäfte von Wilhelmshaven angeschlossen haben. Als Mitglieder dieses Verbandes haben sie den durch den letzten erfolgreichen Streikereifer selbst abgeschlossenen Lohnvertrag schon jetzt wieder gekündigt und gleichzeitig ca. 80 Mann entlassen. Die dadurch unvollendet bleibende Arbeit lassen sie nun auswärts von ihren Verbandskollegen anfertigen, und dabei kommt ihnen wieder das System der Heimarbeiter sehr zu statten. Auch nach Berlin ist derartige Arbeit (Marinehosen) vergeben worden und zwar ist es wie immer die Firma Fabisch in der Spandauerstraße, die solche Arbeiten übernimmt. Dabei hat diese Firma nicht einmal eine Werkstatt, sondern läßt die Arbeiten von Heimarbeitern ausführen, denen bekanntlich nicht beizukommen ist. Redner fährt des weiteren an, jetzt sei auch zum guten Teil das Rätsel gelöst, daß die Berliner Arbeitgeber beim letzten Streik mit ihren fälligen Lieferungen so lange zurückhalten konnten. Herr Hoffstätten, der Vorsitzende der neuen Arbeitgeber-Vereinigung und Mitglied der Handelskammer, habe während des Streiks wiederholt Audienzen bei dem kirchlich-gegangenen Kriegsminister v. Soller gehabt und wahrscheinlich habe dieser den Aufschub der Lieferungen alsdann gestattet. Soviel erseheine jedenfalls sicher: Ohne „höhere Einflüsse“ wäre es den Arbeitgebern nicht möglich gewesen, die längst fälligen Lieferungen monatelang hinauszuschieben. Was nun das neue Tarifverhältnis anbelange, so seien nennenswerte Differenzen deswegen noch nicht in Erscheinung getreten; immerhin erwähnte der Redner zur Vorsicht bei Auszahlung der bezuhten Projekte und richtete an die Anwesenden den Appell, nicht nur ebenso, sondern doppelt so fest zusammenzuhalten wie die Arbeitgeber, damit die Organisation bei den früher oder später doch wieder notwendig werdenden Lohnkämpfen auch genügend gerüstet dastehet. In der Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten allgemein beipflichtet.

Centralverband der Brauerei-Arbeiter. Die Sektion II (Hilfsarbeiter) hielt am 16. August ihre Quartalsversammlung ab. Nach einem durch starken Beifall ausgezeichneten Referat des Genossen Bartels erfolgte Befragung der Abrechnung und Vorstandsbericht vom II. Quartal. Die Einnahme für die Centralkasse betrug 4498,80 M., die Ausgabe 1330,00 M.; zur Hauptkasse wurden 3168,80 M. gefaßt. Die Mitgliederzahl, welche am 1. April d. J. 1071 betrug, erhöhte sich im II. Quartal auf 1310. Wochenbeiträge wurden 13 844 bezahlt.

Niedorf. Der Sozialdemokratische Wahlkreis hielt am 12. d. M. im Deutschen Wirtschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Frey Jubel referierte über: „Die Sozialdemokratie nach den Reichstagswahlen“. Im Laufe seines Vortrages äußerte sich der Redner über die Präsidentenfrage. Ob es von Verneinung geschickelt oder ungeschickelt war, diese Frage aufzuwerfen, lasse er dahingestellt. Aber Verneinung sowohl wie Vollmar hätten wissen müssen, daß diese Präsidentenfrage die Bedeutung nicht hat noch haben kann, welche diese beiden ihr zumessen. Die Geschäftsordnung kenne nur einen Präsidenten. Wenn nun gefaßt werde, daß, wenn bei der Golddebatte wir im Besitz des uns zustehenden zweiten Vizepräsidenten gewesen wären, derselbe in entscheidender Weise hätte eingreifen können, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß sich die beiden Vizepräsidenten Graf zu Stolberg-Berningerode sowie Wisting von vornherein als Vornachbarn freunde entpuppt hätten, daher konnte Graf v. Ballestrem mit gutem Gewissen einem der beiden den Präsidentensitz übergeben. Anders würde es wohl gewesen sein, wenn z. B. Genosse Singer zweiter Vizepräsident gewesen wäre. Mit Sicherheit könnte man wohl annehmen, daß wenn in diesem Falle der erste Vizepräsident nicht anwesend gewesen wäre, Graf v. Ballestrem wohl schwerlich seinen Sitz verlassen haben würde. Was den Gang zu Hofe anbelange, so müßte man sich doch vor Augen fügen, in welchem Aufzuge sich die Präsidenten vorstellen, daß dieselben die Volksvertretung repräsentieren, könne man doch wohl nicht jagen. Dann weiter: Wenn sich Vollmar davon so viel verspreche, daß dem Kaiser bei dieser Gelegenheit einmal so recht die Wahrheit gesagt werden könne, so könne man im Gegenteil annehmen, daß der sozialdemokratische Vizepräsident überhaupt nicht beachtet werde. Etwas Beschämendes könnte man sich für einen Sozialdemokraten nicht denken, als wenn ein Vizepräsident in solchem Falle nicht beachtet würde. Sollte, was ja nicht anzunehmen sei, die Fraktion für ein solches zu Hofe gehen entschließen, so sei sie des berechtigten Spottes der Gegner von der „Post“ bis zu Eugen Richter sicher. Wenn Vollmar weiter sage, einmal müßten wir uns doch dazu bequemen, so sei doch die Sache eine andre, wenn wir erst über die Majorität verfügen. Er hoffe, daß die Frage auf dem Parteitage, welcher ja glücklicherweise noch dazwischen liege, zur Entscheidung komme. Durch lebhaften Beifall am Schluß seiner Ausführungen bezeugte die Versammlung dem Genossen Jubel, daß sie mit seinen Ausführungen einverstanden sei. Hierauf gab Ostermann den Bericht der Parteipredigt für die Monate März, April und Mai; für Juni berichtete Genosse Heinrich. An Ueberblick wurden in dieser Zeit erzielt 307,68 M. Der Abonnementstand hat sich in dieser Periode von 3104 auf 3808 erhöht; gegenwärtig beläuft sich die Zahl auf ca. 3800. Die anfangs gehegte Befürchtung, daß der Abonnementstand nach beendeter Reichstagswahl zurückgehen werde, ist erfreulicherweise nicht eingetreten. Dem Genossen Ostermann wurde hierauf für seine gefamete Thätigkeit Decharge erteilt. Für die Kaufgeschäfte erteilte ihm die Versammlung ebenfalls Decharge für März, April und Mai; für Juni wurde dieselbe noch zurückgefaßt. Zum Schluß erfolgte noch die Aufnahme von 80 neuen Mitgliedern.

Lichtenberg. Der Sozialdemokratische Wahlkreis nahm in seiner Generalversammlung Stellung zum Parteitage in Dresden. Genosse Dr. Friedberg, Berlin sprach über die Aufgaben des Parteitage. Der Redner besprach die bisherigen Erfolge der Partei, er erlachte dieselben an, kam dann aber zu der Schlußfolgerung, daß der breiten Masse der revolutionäre Geist verloren gegangen zu sein schiene. Als Beweis für die Richtigkeit seiner Ansicht wies der Redner auf den sächsischen Wahlkreis hin und die Gefasstenheit, mit der die Bevölkerung diese Entziehung aufgenommen habe. Zu befürchten sei, daß, wenn die Gleichberechtigung erst feste Gestalt annehme, auch der Raub des Reichstags-Wahlrechts mit derselben Ruhe hingenommen werden würde. Der Parlamentarismus entspreche der Bewegung die besten Kräfte, diese würden durch die Ausschöpfung ihrer Mandate seigelegt und der Agitation entzogen. Die Fraktion im Reichstage hätte gelegentlich der Golddebatte anstatt der stundenlangen Reden nach den Reichstags-Beschlüssen den Reichstag verlassen und „zum Volke herabsteigen“ sollen. Ein solches Verhalten würde revolutionärer gewirkt haben. In der Maitesolution eine revolutionäre Idee erblinden, sei auch hier die Laßt eine falsche und werde der Parteitag zu Beschlüssen einer wirksameren Durchführung kommen müssen. Als Mittel im Kampfe gegen die Gesellschaft empfiehlt der Redner die Idee des Generalstreiks. Sache des Parteitage müßte es sein, die Idee zu propagieren und als Kampfmittel aufzunehmen. Redner wendet sich dann weiter gegen den sich immer mehr hervor-drängenden Opportunismus, um dann von dem Parteitag zu verlangen, daß den Opportunisten jeder Gestalt ein Halt zugerufen wird und schließlich mit dem Verlangen an die Anwesenden, wieder revolutionär denken, fühlen und handeln zu lernen. Außerordentlich starker Beifall folgte dem Vortrage. Die Genossen Gröppler, Brauer, Brauer, Wadhus, Liepe und Liepegang beteiligten sich neben dem Referenten an der zeitweilig anheer-ordentlich lebhaft geführten Debatte. Brauer will die Maitesolution mehr als bisher auf dem Parteitage erörtert wissen und glaubt ausprechen zu sollen, daß die Maitesolution ihren eigentlichen Charakter durch die die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigenden Parteitagebeschlüsse verloren habe. Wadhus tritt im Sinne des Referenten für den Generalstreik ein und wendet sich gegen das Unterführungs-wesen in den Gewerkschaften, das nur Klassenmenschen aber nicht kampfbereite, klassenbewußte Parteigenossen erziehe. Auch dieser Redner hätte die Fraktion lieber den Reichstag verlassen sehen. Die übrigen Redner treten dem Referenten zum Teil recht scharf entgegen, aber sie forderten auch auf, daß auf der Kreiskonferenz nur Delegierte zum Parteitag gewählt werden, die gegen die revisionistische Richtung Front machen und von der Fraktion fordern sollen, daß die Frage des Achtstundentages, des Arbeiterschutzes, des Koalitionsrechtes in den Vordergrund der Thätigkeit gestellt werde und daß die ungeschwehlichen Klassenurteile, wie solche aus verschiedenen Anlässen gefaßt worden sind, einer allgemeinen und ihrer Bedeutung angepaßten Besprechung zugeführt werden. Weiter wird von den Delegierten verlangt, daß sie Stellung nehmen gegen die Parteipredigt, die in der Presse die gleichgültigsten Dinge zu Haupt- und Staatsaktionen aufblasen, wie Verneinung in der Präsidentenfrage und Höhere in der Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Monarchie, und zu denen, die ihre Geisteserzeugnisse in den bürgerlichen Blättern ablagern. — Zu Delegierten für die Kreiskonferenz wurden gewählt: Degenhard, Wadhus, Lipe, Liepegang, Wadhus und Schulz. Otto Liepegang stellt den Antrag, der Vertrauensmann solle die Kreis-konferenz in Zukunft an einem Sonntag einberufen. Der Antrag wurde angenommen. Eine Anzahl Mitglieder müssen wegen Beitragsrückständen ausgeschlossen werden. Bekannt gegeben wurde, daß am Sonntagabend, den 29., abends, ein Herbstvergügen bei Höflich stattfindet und endlich wurde beschlossen, die Bezirksführer und Vorstandsmitglieder pro Vorstandssitzung mit 30 Pf. zu entschädigen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 19. August. (W. D.) Ein schwerer Betriebs-unfall ereignete sich heute vormittag in der Chemischen Düngers-fabrik von Robert Schlicher in Köln-Chrenfeld. Dort explodierte auf bisher ungeschickter Weise ein Entsetzungsapparat, wodurch zwei Arbeiter getötet und zwei schwer verbrannt wurden.

Paris, 19. August. (W. D.) Der Deputierte Pressensé hat dem Minister des Aeußeren Delcassé brieflich mitgeteilt, daß er an ihn eine Interpellation über die Ereignisse in Macedonien richten werde, wenn die Kammer wieder zusammengetreten sei.

London, 19. August. (W. D.) Auf der hiesigen Untergrund-bahn geriet gestern ein Wagen dadurch in Brand, daß mehrere Eisenstangen, welche sich losgelöst hatten, mit der Stromsäule in Berührung kamen und dadurch rotglühend wurden. Die Passagiere verließen in panikartigem Schrecken den Wagen; das Feuer wurde jedoch bald gelöscht. Seit der Katastrophe in Paris sind die Einnahmen der hiesigen Untergrundbahn in einer Woche um mehr als 1000 Pfund Sterling gefallen.

Lokales.

Die städtische Hafen- und Speicher-Anlage am „Stralauer Acker“ ist nun endlich gesichert. Finanzminister v. Rheinbaben hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Stadtgemeinde die für den Hafen benötigte Wasserfläche von fünf Meter Breite, von der normalen Uferlinie ab gerechnet, zu dem üblichen Preise von 40 M. pro Quadratmeter übereignet und in dem künftigen Hafen eine zollfreie Niederlage (für Transit-Güter) eingerichtet werde. Damit ist das Hafenprojekt, welches in städtischen Kreisen schon seit Jahren ventilirt wird, im Prinzip genehmigt. Der neue Hafen wird sich am rechten Spree-Ufer, gegenüber dem Schleifischen Busch, von der Oberbaum-Brücke bis zur Ringbahn-Ueberführung in einer Länge von ca. 1350 Meter hinziehen und mit dem Ringbahnhof Stralau-Rummelsburg durch vier je 800 bis 900 Meter lange Lade- und Anschlaggleise verbunden werden. Es können so täglich bis 200 Eisenbahnwagen be- oder entladen werden. Für den Transport auf der Landstraße liegt die Stralauer Allee sehr bequem, welche sich in geringer Entfernung parallel zur Längsrichtung des Hafens hinzieht; sie soll durch verschiedene Zufahrtstraßen mit den Ladeplätzen verbunden werden. Im Hafen werden gleichzeitig über 50 Rähne von 55 Meter Länge und 7 Meter Breite vor Anker liegen und ihre Ladung löschend bzw. einnehmend können, zu welchem Behufe zahlreiche Kaufkräne und sonstige Hilfsmittel der modernen Technik zur Verfügung stehen sollen. An Gebäuden wird der neue Hafen vor allem ein mächtiges Lagerhaus zu vier Stockwerken erhalten, ausreichend für etwa 50 000 Tonnen Getreide, Mehl und dergleichen, ferner vier große Lagerhallen für Kaufmannsgüter aller Art, ferner für zollpflichtige Güter, die erwähnte zollfreie Niederlage, wofolbst die Transitgüter unter Steuerbeschluß lagern können, endlich ein Zollabfertigungs- und Steueramt und die nötigen Wäge- und Diensträume für das Hafenpersonal. Die Kosten der großartigen Anlage sind auf nahezu acht Millionen Mark veranschlagt worden, für den Erwerb der nötigen Wasser- und Bodenflächen sind allein 1 1/2 Millionen Mark zu zahlen. Ein Teil des Grund und Bodens gehört bereits der Stadtgemeinde Berlin. Die verhältnismäßig schnelle und günstige Entscheidung des Finanzministers ist in erster Linie auf die thätigste Unterstützung der Berliner Handelskammer und der Vertreter der Kaufmannschaft zurückzuführen; beide Körperschaften haben übereinstimmend ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die Anlage eines Hafens am „Stralauer Acker“ einem dringenden, nicht mehr abweisbaren Bedürfnisse entspreche, da die völlig ungenügende Leistungsfähigkeit der Löss-, Lade-, Umschlags- und Speicher-Einrichtungen an den Berliner Wasserstraßen den ausschlaggebenden Stillstand in der Entwicklung des Verkehrs auf den so sorgfältig ausgebauten Flußläufen und Kanälen der Reichshauptstadt verschuldet habe. Thatsächlich hat sich der Berliner Wasserverkehr in den letzten Jahren um nur 3,7 Prozent gehoben, während im Eisenbahnverkehr eine Steigerung von 45 Prozent zu verzeichnen war! Durch den kostspieligen Valutransport verlieren sich natürlich die hier gebrauchten Nahrungsmittel- und Genußmittel, das Bau- und Brennmaterial, die Rohstoffe für die Industrie etc. Die städtischen Gaswerke allein würden, so rechnet die Handelskammer es aus, jährlich 400 000 Mark an Transportkosten ersparen, wenn die für dieselben aus Obereschlesien eingeführten Kohlen nicht per Kasse, sondern per Kahn befördert werden könnten. Im übrigen dürfte sich die Hafenanlage sehr gut verzinsen, was im Interesse des städtischen Steuerfächels nur erwünscht sein kann.

Zu der Angelegenheit des Gärtners Ernst Schulze, Blumenstraße 45 (nicht 85, wie in unserer Mittwoch-Nummer infolge eines Druckfehlers stand), hat sich inzwischen das Polizeipräsidium geäußert. Zunächst wird die Stadtgemeinde mitgeteilt, in der Herr Schulze am 25. Juli wegen „Wettens“ verhaftet worden ist; es war das 9. Polizeirevier (Bureau: Große Frankfurterstraße). Daß die Polizei den Verhafteten nicht rechtzeitig zu ermitteln vermochte, wird daraus erklärt, daß Sch. bei seiner Verhaftung Angaben über seine Person gemacht habe, die teils lügenhaft, teils falsch waren. Nur der Familienname Schulze sowie das Geburtsjahr 1890 und der Geburtsmonat Dezember haben gestimmt. Den Einbruch eines Geisteskranken soll der alte Mann wieder auf dem Polizeibureau nachher auf dem Amtsgericht gemacht haben; erst am 11. August sei in der mündlichen Verhandlung seine Anzurechnungsfähigkeit zu Tage getreten. Das Polizeipräsidium verweist, Schulze sei, als er freigelassen und zwecks Unterbringung im Obdach dem Präsidium zugeführt worden war, trotz der erneuten eingehenden polizeilichen Befragung bei seinen unzutreffenden Angaben verblieben. Hier wollen wir, die Darstellung des Polizeipräsidiums ergänzend, einschalten, daß bereits auf dem Entlassungsschein, den Sch. von der Stadtvogtei erhielt, wenigstens der richtige Vorname und Zuname sowie der richtige Beruf angegeben war. Hat die erneut forschende Polizei, als sie den Namen „Gärtner Ernst Schulze“ und das Jahr „1890“ las, nicht gewußt, daß ein im Jahre 1890 geborener Gärtner Ernst Schulze seit 26. Juli als vermisst gemeldet war und von seinen bezweifelten Angehörigen noch immer gesucht wurde? Gewiß, die Schulze sind in Berlin zahlreich wie Sand am Meer; aber die im Jahre 1890 geborenen Gärtner Ernst Schulze werden hier doch wohl nicht allzu dicht geläut sein. Es bleibt also immer noch die Frage offen, warum es die Polizei nicht fertig gebracht hat, Schulze wenigstens bei der erneuten Befragung als den Verhafteten zu erkennen und ihn den Transport nach dem Obdach sowie seine Irrfahrt nach dem Tiergarten zu ersparen.

Zu der andern Frage, wann, wo und wie Herr Schulze die Verletzungen erlitten hat, sagt das Polizeipräsidium, bis zu seiner Entfernung aus dem Obdach habe er keine Verletzungen gehabt und auf der Polizeiwache im Tiergarten seien außer einer geringen Abschürfung an der Nase Verletzungen nicht bemerkt worden. Danach scheint man bei der Polizei anzunehmen, daß Herr Sch. auf seiner Irrfahrt vom Obdach nach dem Tiergarten, sei es durch Verunglückung, sei es durch Ueberfall, die „geringe Abschürfung an der Nase“ erlitten habe. Wir haben schon gestern mitgeteilt, daß Sch. noch andere Verletzungen aufweist, die der ihn behandelnde Arzt bestätigt wird, und wir wiederholen, daß diese nicht den Eindruck machen, als habe Sch. sie erst am 11. August erlitten. Hier thut noch Aufklärung um dringender not, und sie wird hoffentlich nicht ausbleiben. Es ist wegen dieser Verletzung ein „Verfahren wider Unbekannt“ eingeleitet und es haben auch bereits Vernehmungen stattgefunden.

Die Verminderung der Geburten in Berlin, die im vorigen Jahre so beträchtlich gewesen war, daß die Jahressumme der Neugeborenen um rund 1100 hinter der vom vordorigen Jahre zurückblieb, hat in dem laufenden Jahre bisher in derselben Stärke fortgedauert. Aus dem ersten Halbjahre 1903 sind nur 20 158 Geburten (einschließlich 879 Totgeburten) gemeldet worden, während aus dem ersten Halbjahre 1902 noch 26 095 Geburten (einschließlich 947 Totgeburten) zur Meldung gekommen waren. Die sechs Monate Januar bis Juni des laufenden Jahres haben hiernach gegenüber denselben sechs Monaten des Vorjahres eine weitere Verminderung der Geburten um 537 (d. h. um 2 Proz.) gebracht. Da die Zahl der Sterbefälle bei Einschluß der Totgeburten nicht gleichfalls abgenommen hat, sondern in der ersten Hälfte dieses Jahres mit 16 758 (einschl. die 879 Totgeburten) zufällig genau ebenso groß gewesen ist, wie sie mit 16 758 (einschl. die 947 Totgeburten) in der ersten Hälfte des vorigen Jahres gewesen war, so fällt die ein-

getretene weitere Geburtenverminderung diesmal für den Geburtenüberschuß voll ins Gewicht. Der Geburtenüberschuß der Monate Januar bis Juni hatte im vorigen Jahre 8937 betragen; diesmal aber war er nur 8400, also um 6 Proz. niedriger.

Die Berliner Zu- und Wegzugsverhältnisse haben sich im ersten Halbjahre 1903 so gestaltet, daß gegenüber demselben Zeitraum des vorigen Jahres bei den Zugzügen eine beträchtliche Verminderung eingetreten ist. Während aus den Monaten Januar bis Juni des vorigen Jahres 107 257 Personen als zugezogen und 90 888 als weggezogen gemeldet worden waren, ergaben die Meldungen für dieselben sechs Monate dieses Jahres 116 418 zugezogene Personen und 99 720 weggezogene. Wenn wegen der Unvollständigkeit der Meldungen die gemeldeten Wegzüge um den üblichen Zuschlag erhöht werden, der sich für die erste Hälfte des vorigen bzw. des laufenden Jahres auf 17 214 bez. 17 189 berechnet, dann kommt in beiden Jahren für den Zeitraum Januar bis Juni ein Ueberschuß nicht an Zugzügen, sondern an Wegzügen heraus, auch noch im Jahre 1903, obwohl dieses Jahr in seiner ersten Hälfte die oben erwähnte bedeutende Zunahme der Zugzüge gehabt hat. Die Wandlung der Zu- und Wegzugsverhältnisse, die gegen das vorige Jahr eingetreten ist, kommt aber deutlich genug darin zum Ausdruck, daß der Wegzugsüberschuß des ersten Halbjahres, der das vorige Mal noch 9845 gewesen war, diesmal nur noch 441 beträgt.

In der gestrigen Sitzung des Plenums der städtischen Bau-Deputation unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide wurde dem Antrage auf Herstellung von Schundanlagen auf dem Treffpunkt der Schönhauser Allee, Danzigerstraße, Kastanien-Allee und Oberwaldstraße zugestimmt. — In der anschließenden Sitzung der Bau-Deputation II wurde der Antrag einer hiesigen Zeitung („L. A.“) wegen Aufstellung von Normalbüchern vor den Filialen dieser Zeitung aus principiellen Gründen abgelehnt. Ferner beschäftigte sich die Deputation noch mit der Festlegung neuer Bauausfalllinien für die Neue Friedrichstraße von der König- bis zur Schilderstraße, mit der Verlegung der verlängerten Schwedterstraße aus Anlaß der Vergrößerung des Nordbahnhofes an der Bernauerstraße. Der Fiskus will für das erforderliche Straßenterrain eine gleich große Fläche des dortigen Grevierplatzes an der einsamen Pappel abtreten. Weiter beschäftigte sich die Deputation mit der Festlegung von Bauausfalllinien auf dem Gelände zwischen der Gleim-, Schwedter-, Oberwaldstraße und Straße 21, mit der Regulierung des nördlichen Teiles der Wasserstraße zwischen Kamerun-, Logo-, Lührigstraße und den westlich gelegenen Straßen No. 21a, 22a, 27, 28 usw., sowie mit dem Erwerb verschiedener Grundstücke zur Durchlegung von Straßen in Moabit, im Norden etc. und dem Verkauf mehrerer Parzellen im Osten.

Das Zusammendrängen der großstädtischen Bevölkerung in kleinen Wohnungen zeigt eine Aufstellung des Statistischen Amtes von Charlottenburg. Danach wohnt z. B. in Nixdorf mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer. Von 1000 Einwohnern wohnen in Nixdorf 531 in derartigen Wohnungen. Etwas günstiger sind die Verhältnisse in Vohlgang-Rummelsburg, wo 400 bis 500 vom Tausend der Bevölkerung in einzimmerigen Wohnungen leben. 300 bis 400 vom Tausend beträgt der Anteil in Treptow, Pantow und Nieder-Schönhausen. Durchweg günstiger sind die westlichen Vororte gestellt. Die Anteile betragen in Charlottenburg z. B. 251 vom Tausend, in Schöneberg 200, in Wilmersdorf 195, in Friedenau 149, in Schmörgendorf 311 und, am günstigsten, in Grunewald 94. Für Groß-Berlin stellt sich der Anteil auf 411 vom Tausend. Die Verhältnisse in Berlin selbst entsprechen etwa dem Durchschnitt von Vohlgang-Rummelsburg, da in Berlin 430 vom Tausend in einzimmerigen Wohnungen leben. Doch ist seit dem Jahre 1895 der Anteil dieser kleinsten Wohnungen zurückgegangen. Durch die ungenügende Herstellung kleiner Wohnungen sind jedoch immer noch viele Familien gezwungen, zur Erhöhung des Mietzinses sich eine Einnahme durch Vermieten zu schaffen und unter Umständen eine größere Wohnung zu nehmen, als ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen würde.

Ein schreckliches Unglück hat gestern vormittag in der Metallwaren-Fabrik von Schäfer u. Balder Alt.-Gef., Lindenstr. 17, den Tod eines Mannes herbeigeführt. Der in der Fabrik schon seit Jahren beschäftigte, als durchaus zuverlässig bekannte 35 Jahre alte Maschinenist Schulz hatte sich gestern morgen gegen 1/8 Uhr aus dem oberen Maschinenraum nach dem im Erdgeschoß belegenen Betriebsaal begeben, um einen Dreibriemen anzulegen und gleichzeitig die Wellen zu revidieren. Er wurde zunächst im oberen Saale nicht vermisst. Als Schulz nach einer halben Stunde, zum Beginn der Frühstückszeit, noch nicht zurückgekehrt war, ging ein Kollege hinunter nach dem Betriebsaal, um Schulz zu rufen. Beim Betreten des Raumes bot sich ihm ein schreckliches Anblick. Der Gefährte war vom Dreibriemen erfasst worden und wurde um die Welle herumgeschleudert. Erst nachdem die Maschinen ausgeschaltet waren, konnte der Körper des Sch. aus seiner Lage befreit werden. Der Unglückliche war bereits verstorben. Abgesehen von zahlreichen Verwundungen am Körper war dem Maschinenisten das Rückgrat gebrochen und so sein augenblicklicher Tod herbeigeführt worden. Die Leiche des Verstorbenen, der Frau und zwei Kinder hinterläßt, wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

In den Tod getrieben hat den 40 Jahre alten Hausdiener Friedrich Brudmann aus der Hausburgstr. 2 ein schweres Leiden. Der Mann hatte seit einem halben Jahre die Wassersucht. Als gestern nachmittag seine Frau für ein Schneidergeschäft liefern gegangen war, schickte er seine 6 Jahre alte Tochter Frieda zum Spielen nach dem Hofe, verlegte sie die Thür, schlug einen Nagel in die Wand und erhängte sich.

Kindesmord? Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde gestern nachmittag von einem Schiffer auf dem der Stadt Berlin gehörigen Holzplatz in der Urbanstr. 170/171 gefunden und der Polizei des 47. Reviers übergeben. Ob ein Kindesmord vorliegt, bedarf noch näherer Untersuchung.

Erhebliche Veruntreuungen sind wieder bei einer hiesigen Bank vorgekommen. Zwei junge Angestellte verstanden es, nach und nach bis zu über 40 000 M. zu unterschlagen und die Veruntreuungen bis jetzt zu verheimlichen. Nach Aufdeckung der Unterschleife wurden sie verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Etwas die Hälfte des Geldes, das sie beiseite geschafft hatten, wurde noch in ihrem Besitz gefunden und der geschädigten Bank wieder zugestellt. Die andre Hälfte hatten sie bereits in leichtsinniger Gesellschaft durchgebracht.

Feuerbericht. Heute früh um 2 Uhr brannten in Lindenstr. 106 in einem Droguengeschäfte Regale und Droguen. Um 4 Uhr mußte auf dem Güterbahnhof an der Gültigerstraße ein Feuer gelöscht werden, das durch Selbstentzündung von Kohlen entstanden war. Auf dem Güterbahnhof der Ostbahn, Brombergerstraße, stand nachts um 1 Uhr ein mit Dreiflohen beladener Waggon in Flammen. Vorher hatte die Feuerwehr in der Landsbergerstr. 120 zu thun, wo in einem Keller Eisen, Regale, Rohr u. a. brannten. Ein Küchenbrand beschäftigte die Wehr in der Granseerstr. 1. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Wöhlertstr. 7 und andern Stellen gerufen.

Der gekündigte Jahrgeldpreker. Zu dieser in gestriger Nummer enthaltene Notiz teilt uns Herr Max Gröber, Kreisbauinspektor a. D., Schöneberg, Ederstr. 81 mit, daß sich der Kutscher geirrt haben müsse. Er sei an dem Tage, an welchem der Kutscher um Jahrgeld geprellt worden sei, nicht in Berlin gewesen.

Aus den Nachbarorten.

Eine Probefleuchtung mit Lucas-Licht ist vom Nixdorfer Magistrat genehmigt worden. Vorläufig sollen vier Lucas-Lampen, zwei in der Kaiser Friedrichstraße und je eine am Hermann- und am Reutesplatz in Nixdorf aufgestellt werden.

Bier Rummelsburg. Eine der merkwürdigsten und verwickeltesten Bahnhofsanlagen wird der Bahnhof Stralau-Rummelsburg nach seiner Einziehung in den Stadtbahnverkehr am 1. Oktober werden. 6 ober, wenn man will, 10 verschiedene Bahnsteige werden da in zwei Stockwerken angeordnet. Sie sind alle selbstverständlich durch Treppen verbunden. Die schon bestehenden Bahnsteige erhalten gleichzeitig neue Bezeichnungen. So wird der zunächst Berlin liegende Bahnsteig für den Nord- und Südtrig Stralau-Rummelsburg-Stadtbahn-Bahnsteig genannt werden. Er besteht bekanntlich eigentlich aus drei verschiedenen Bahnsteigen, auf welche die vier Gleise der dortigen Gabelung des Nord- und Südtrigs sich verteilen. Wohl zu unterscheiden ist davon der Bahnsteig Stralau-Rummelsburg-Ringbahn, die Haltestelle für die Volkzugzüge. Zwischen dem Hauptbahnsteig und den Ringbahnsteig kommt in der Tiefe der neue Bahnsteig für den Stadtbahnverkehr vom Schleifischen Bahnhof nach Kaulsdorf zu liegen. Er liegt unmittelbar hinter den Stationsgebäuden. Der Bahnsteig erhält die Bezeichnung Stadtbahn-Bahnsteig. Er ist bereits fertiggestellt. Unberührt von diesen Veränderungen bleibt der bisherige Vorort-Bahnsteig Stralau-Rummelsburg. Er liegt südlich von dem künftigen Stadtbahn-Bahnsteig. Wohl zu unterscheiden von diesem Konglomerat von Bahnhöfen oder Bahnsteigen ist die künftige neue Station Rummelsburg-Ost für die Züge nach Lichtenberg und Kaulsdorf und zum Verkehr mit der Viehstation Rummelsburg. In dem Fahrplan der Eisenbahn wird es also vier verschiedene Stralau-Rummelsburg geben: Stralau-Rummelsburg-Straßbahnsteig für Nord- und Südtrig sowie Grünau, Stralau-Rummelsburg-Stadtbahn-Bahnsteig für Lichtenberg und Kaulsdorf, Stralau-Rummelsburg-Vorortbahnsteig und endlich Rummelsburg-Ost für Lichtenberg und Kaulsdorf.

Die Verpeisung des Tegeler Sees durch die Abwässer der Reinickendorfer Kanalisation ist von einer Untersuchungskommission der Regierung jetzt festgestellt worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Abwässer in einem sehr schlecht gefärbten Zustande in den See laufen und einen äblen Geruch verbreiten. Der Gemeinde ist aufgegeben worden, Maßnahmen zur Abstellung des vorhandenen Uebelstandes zu treffen. Es sind denn auch schon Verhandlungen wegen Anschluß der Reinickendorfer an die Panower Kanalisation eingeleitet worden. Der Berliner Magistrat hatte schon vor zwei Jahren, als die Reinickendorfer Kanalisation gebaut und Berlin teilweise aus dem Tegeler See noch das Trinkwasser entnahm, gegen die Färbung der Abwässer in den See Einspruch erhoben und auf die Befreiung einer Verpeisung hingewiesen, jedoch ohne Erfolg. Der Einspruch Berlins wurde von allen Behörden, zuletzt vom Minister des Innern, abgewiesen und der Stadt eine Verpeisung der Tiefbrunnen-Bauten empfohlen. Jetzt ist man die Voraussetzung der Berliner Sachleute, daß der See verpestet wird, doch eingetroffen und Reinickendorf wird mit großen Geldkosten seine Abwässer anderwärts hinfleiten müssen.

Schmargendorf. Mit einer gewissen Spannung konnte man der Gemeindevertreter-Sitzung am 17. August entgegensehen, stand doch die Rechnungslegung vom Rathausbau auf der Tagesordnung. Abweichend von der Tagesordnung verlas der Gemeindevorsteher aber nur das ganz überflüssigweise eingeforderte sachmännliche Gutachten über den Bau. Der ursprünglich mit 185 000 Mark veranschlagte Bau kostet nunmehr rund 394 000 Mark und mit seiner Einrichtung ca. 414 000 Mark. Für eine Gemeinde von 3000 Einwohnern gewiß keine Kleinigkeit. Bei Aufwendung solcher Beträge ist es aber für die Arbeiterklasse interessant, daß nach dem Bericht bei diesem kommunalen Bau die Tagelohnarbeiten nach Möglichkeit eingeschränkt wurden. Gegen Tagelohn wurde fast nur gearbeitet, wenn sich die Accordlöhne höher stellten, oder bei den auffallend häufig vorgekommenen umfangreichen Abänderungen, bei denen ein Accord nicht möglich war. Die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Accordarbeit im Baugewerbe ist hinreichend bekannt. Unsere Gemeinde kennt aber keine sozialen Pflichten gegenüber den Arbeitern und giebt durch ihren Accordbau den Unternehmern ein schlechtes Beispiel. Die hiesigen Arbeiter müssen bei künftigen Gemeindevorhaben die Konsequenzen ziehen. Ohne ein Wort des Tadelns bewilligten die Gemeindevertreter vorbehaltlich der Prüfung durch die Rechnungscommission die Ueberschreitungen in Höhe von 187 295 M. — Der Kampf gegen den Strophenhandel macht sich auch hier bemerkbar. Die anständigen Händler ersuchten die Gemeindevertretung um Verbot oder Einschränkung der „Hochst“ des Strophenhandels. Herr Jung und der Gemeindevorsteher erklärten sich gegen eine derartige Beschränkung der Gewerbefreiheit und wurde dementsprechend beschloffen. Der Bau der Turnhalle verzögert sich infolge formaler Verstöße des Gemeindevorstehers bei der Submission. Einige hiesige Handwerker haben mitgeteilt, daß sie die Gültigkeit der Beschlüsse anfechten werden, weil der Unternehmer, dem der Bau übertragen wurde, seine Offerte erst einige Tage nach Ablauf der Submissionsfrist eingereicht habe. Es soll nunmehr eine neue unbeschränkte Submission ausgeschrieben werden, da der betreffende Unternehmer jetzt auch den Auftrag zurückgewiesen hat.

Folge des Durchstichs des Teetowkanals vom Griebnitzsee nach der Havel hat sich der Wasserpegel des Sees derartig gesenkt, daß umfangreiche Ausbaggerungen notwendig sind, um ihn für die Schifffahrt nutzbar zu machen. Der von dem Kreis Teetow zur Personensförderung auf dem Griebnitzsee und Havel angekauft größere Dampfer, welcher bisher drei Jahre lang in Magdeburg stationiert war, und fuhrte auf der Ude unternahm, muß deshalb, wegen seines Tiefganges, ganz besonders vorichtig auf dem Griebnitzsee fahren. Eine weitere Folge des niedrigen Wasserstandes ist die vollständige Verumpfung des durch Klein-Glienide am Fuße des Wöthberges und beim Schloß des Prinzen Friedrich Leopold entlang führenden Grabens, welcher die frühere Verbindung zwischen Griebnitzsee und Havel bildete. Es bestand ursprünglich die Uferlinie, diesen Graben zuzuschütten, wie dies nach Fertigstellung des Teetowkanals mit dem alten Lauf der Teltow-Weide bei Koblhafenbrück geschehen wird, aber man ist davon abgesehen, einerseits weil es an genügendem Erdreich zum Zuschütten des Grabens mangelt, andererseits, weil die Gemeinde Klein-Glienide und Prinz Friedrich Leopold Ansprüche wegen Aufrechterhaltung dieser Wasserstraße geltend machen. Der Klein-Glienider Graben soll deshalb demnach gründlich vertieft und darum an beiden Enden durch Spundwände von der Havel resp. dem Griebnitzsee abgeschlossen werden. Die Kosten werden von den verschiedenen Interessenten getragen. Nach Fertigstellung des vom Griebnitzsee nach dem Teetowsee führenden Prinz Friedrich Leopold-Kanals hofft man Abriens auf vermehrten Wasserzufluß.

Bei Ausübung seines Berufes ertrunken ist vorgefunden auf dem Müggelsee bei den weißen Bergen der Heizer C. Holländer aus Albershof. Er war auf einem Wagger beschäftigt. Die Waggermaschine wurde von einem Schleppdampfer stromaufwärts geschleppt. Er wollte während der Fahrt von einem der angehängten Prähme in den andern hindübersteigen, hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Fluten. Sofort angestellte Rettungsversuche blieben ohne Erfolg, auch konnte die Leiche bei dem hohen Seegang nicht geborgen werden.

Ein Eisenbahn-Unfall, der in der Nähe des Bahnhofes Lichtenberg-Friedrichsfelde (alte Ostbahn) stattfand, unterlag gestern der richterlichen Prüfung vor dem Forum der zweiten Rententammer des Berliner Landgerichts II. Wegen Transportgefährdung und fahrlässiger Körperverletzung mußte sich der Weichensteller I. Klasse Gottfried Korn aus Berlin verantworten. Eine vom alten Ostbahnhof abgelassene Probeflokomotive kollidierte mit dem von Lichtenberg abgelassenen Ueberführungszuge Nr. 8422 A bei der Durchfahrt durch Kummelsburg. Die freifahrende Lokomotive fuhr auf demselben Geleise dem Zuge in vollem Tempo entgegen. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß in dem am Bahndamm stehenden Armenhause einige Zimmerdecken einstürzten. Ein Teil des Zuges 8422A wurde erheblich beschädigt und sprang aus den Schienen, die Tender wurden eingedrückt und die Lokomotiven arg beschädigt, so daß ein bedeutender Materialschaden entstand. Aber auch Menschenleben waren in hohem Grade gefährdet worden bei dem Zusammenstoß. Als Opfer desselben mußten vom Fahrpersonal alsbald drei verletzte Beamte, der Zugführer Söhne von der Probemaschine, der Heizer Madtke und der Heizer Ascher zum Kummelsburger Gemeinde-Krankenhaus gebracht werden. Die Verletzten erschienen gestern vor der Strafkammer völlig geheilt als Zeugen. — Dem Angeklagten ward zum Vorwurf gemacht, daß er am Signalapparat beschäftigt, der Probe-Lokomotive das Signal „Geleise frei“ nach vorheriger Anmeldung gegeben und dadurch fahrlässigerweise den Eisenbahntransport gefährdet habe. Korn gab dies zwar nicht zu, jedoch räumte er ein, daß ihm ein Versehen unterlaufen sei, als er sowohl der Probe-Lokomotive wie dem Zuge 8422 das Freifahrt-Signal gab. Die Beweisaufnahme ergab allerdings, daß auch von anderer Seite nicht ganz korrekt verfahren sei. Dies aber wäre nach der Ansicht des Gerichtshofes kein Strafschließungsgrund. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe eventl. 30 Tage Gefängnis. — Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Verfammlungen.

In Erwiderung auf den Versammlungsbericht der Verwaltungsbeamten sieht sich der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider und Schneiderinnen genötigt, folgendes anzuführen: Leider bleibt durch das unkorrekte Arbeiten der Beamten dem Vorstande weiter nichts übrig, als sich mit den Beamten gelegentlich zu beschäftigen. Und glaubt der Vorstand auch dieses im Interesse der Kassennmitglieder zu thun. Daß in dem Bericht die Thatsachen auf den Kopf gestellt werden, beweist folgendes: Mit den zwei Beamten verhält es sich so, daß der eine Beamte überhaupt erst neun Jahre an der Kasse ist und zwar nicht im Bureau, wie es im Bericht heißt, sondern im Aufwendienst als Krankenkassendirektor beschäftigt ist, und nur weil er angeblich nach seiner langen Krankheit, was er sich auch durch ein ärztliches Attest bezeichnen ließ, den Aufwendienst nicht mehr versehen zu können, beschäftigte der Vorstand ihn im Bureau. Für den andren Beamten erklärte der Rentant keine Verantwortung übernehmen zu können, wenn derselbe, der die ganzen fünf Jahre im Bureau thätig war, weiter mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt würde. Wohl infolge einer vorgeführten Krankschreibung hatte der Beamte so unkorrekt gearbeitet, daß das Conto unbrauchbar geworden war, und ein Beamter monatelang zu thun hatte, wieder Ordnung hineinzubringen. Darauf sah sich der Vorstand genötigt, diesen Beamten im Aufwendienst zu beschäftigen. Leider waren die vorbezeichneten Beamten auch für diese Posten nicht brauchbar. Und wollte der Vorstand, um die Herren nicht zu künden, da der eine schon 78 Jahre ist, und uns, zu unserm größten Bedauern nicht das Recht zusteht, unsere Beamten die Wohlthat einer Pension zu teil werden zu lassen, den Herren den Ausweg zu bahnen, daß sie ihre geringen Kräfte der Kasse für weniger hohes Gehalt zur Verfügung stellen. Die Herren hielten sich eine von ihnen festgelegte Bedenkzeit aus, hielten es aber nach Ablauf derselben nicht für nötig, dem Vorstand eine Antwort zugehen zu lassen. Nunmehr glaubte der Vorstand verpflichtet zu sein, von den betreffenden Beamten auch die entsprechende Arbeitsleistung zu verlangen. Man soll uns nicht mit dem Einwurf kommen, die Beamten hätten ihre Kräfte der Kasse geopfert; der eine Beamte ist vor neun Jahren als 68-jähriger Schneidergehilfe in die Kasse eingetreten und wird wohl jeder zugeben, daß der betreffende Beamte da nicht mehr in der Fülle seiner Kraft stand; während der andre Beamte infolge einer vor fünf Jahren, also bevor er bei uns eintrat, erfolgten Erkrankung jetzt noch krank ist. Was das Protokoll über die herrschende Juglust betrifft, so war es nur die Antwort auf das brisille Vertragen der Beamten und hatte der Vorstand nachweislich sofort Abhilfe geschaffen. Wenn die Beamten aber der Vorliegenden gegenüber erklären: wenn Sie das auch noch zehnmal in Auftrage des Vorstandes anordnen, so thun wir es doch nicht und werden den Vorstand regerthätig machen für den Schaden, den wir an unserer Gesundheit nehmen. Und das, ehe der Vorstand noch darum angegangen war, die herrschenden Uebelstände zu beseitigen. So ist die im Vorstand herrschende Entrüstung über das Verhalten der Beamten wohl begründet. Was die dem Rentanten auferlegten Kosten über die Aufbesserung einer durch einen angebrachten und wieder entfernten Niegel beschädigten Thür betrifft, illustriert dieser Vorfall so recht das Bestreben der Beamten, gesundheitsmäßige Zustände herbeizuführen. Den Raum, der für die Beamten zum Frühstücken, für den Arzt und die Vorstandsmitglieder zeitweise zum arbeiten und für die im Kassenlokal etwa unpassig werdenden Kassennmitglieder zum Aufenthalt dienen soll, benützten die Beamten zum Austritten, weil es ihnen zu un bequem war, den zu diesem Zweck dienenden Ort aufzusuchen, und ließ der Rentant deshalb auf Kassenlokalen einen Niegel anbringen, da es vorgekommen ist, daß unbenutzte Damen das Zimmer betreten. Mag die Öffentlichkeit darüber urteilen, ob der Vorstand recht daran that, dem Rentanten diese Kosten aufzuerlegen und den Beamten zu verbieten, dieses Zimmer ferner zu dem vorgenannten Zweck zu benutzen. Erlaubt sich der Vorstand, daß die Beamten die einem Beamten erteilte Rüge erwähnen. Nicht weil es ein Vorstandsmitglied, nein weil es ein Kassennmitglied war, welches 10 Minuten nach 1 Uhr Einlass begehrte und auf den Bescheid des Beamten, die Kasse sei geschlossen, nicht gleich ging und darauf von dem Beamten vor die Thür gestossen wurde, so daß das Kassennmitglied, welches zufälligerweise Vorstandsmitglied war, auf die Treppe zurückkam, erhielt er die Rüge. Erstmalig ist es ja, daß der Beamte behauptet, die Dame, die schon circa zwei Jahre im Vorstand ist, nicht zu kennen. Schon lange ist der Vorstand ungehalten darüber, daß die Beamten im Gegenatz zu den Arbeitgebern, welche mit der größten Höflichkeit behandelt werden, den Kassennmitgliedern gegenüber gerade nicht von ausgesuchter Höflichkeit sind. Im übrigen ist noch von keinem Beamten die Unterschreibung einer Rüge verlangt worden und konnte daher das Unterschreiben auch von keinem Beamten verweigert werden. Um die Kündigung des Beamten aufzuklären, sei gesagt, daß der Vorstand beschloß, den Sommerurlaub selbst zu regeln, und die Beamten, die Kinder haben, während der Schulferien zu berücksichtigen. Dem Beamten, der in Friedrichshagen wohnte, wurde der Urlaub vom Juli in den September verlegt. Am Sonnabend wurde ihm das mitgeteilt, am Montag meldete er sich arbeitsunfähig. Eine schwere Erkrankung konnte nach Ansicht des Vorstandes nicht vorliegen, da der Beamte einen Arzt in Berlin aufsuchte, trotzdem ihm in Friedrichshagen Ärzte zur Verfügung standen. Anfang der dritten Woche machte der Vorstand von § 4 Gebrauch und forderte den Beamten auf, sich einer Nachuntersuchung zu unterziehen. Als Antwort kam ein Brief mit der Mitteilung des Beamten, „vorwiegend“ werde er diese Woche gesund geschrieben werden, und glaube er, eine Nachuntersuchung sei nicht nötig. Wenn wir seine Arbeitsunfähigkeit bezweifeln sollten, mögen wir uns an seinen behandelnden Arzt wenden. Er kam also dem berechtigten Ersuchen des Vorstandes nicht nach und

wurde erst nach acht Tagen gesund geschrieben, und nicht wie es im Versammlungsbericht heißt, den nächsten Tag. Den Beamten, von dessen Unternehmung gesprochen wird, hatte der Vorstand nicht ersucht, sich zur Nachuntersuchung zu begeben, es ist derselbe, welcher vor fünf Jahren mit derselben Krankheit eingetreten ist, an deren Folgen er jetzt noch leidet. Und da er wiederholt von schweren Krampfanfällen betroffen wird, schließlich erst im Kassenlokal, glaubte sich der Vorstand im Interesse „aller“ verpflichtet, den betreffenden Beamten von einem Nervenarzt untersuchen zu lassen. Die Unternehmung fand nicht im Kassenlokal, sondern in einem Extrazimmer statt. Die Verantwortung des Ueberigen überlassen wir Herrn Dr. Munter selbst. Ein Armutzeugnis stellt sich nicht der Vorstand aus durch die Nachrevision. Es fällt uns gar nicht ein, die Sachen, die wir revidiert haben, nachrevidieren zu lassen. Im eignen Interesse unserer Beamten glauben wir zu handeln, wenn wir auf Thatsachen, die eine außerordentliche Revision nötig machen, nicht weiter eingehen; daß es nicht die Thätigkeit des Vorstandes ist, die uns dazu zwingt, sind wir jederzeit bereit zu beweisen. Bedauerlich ist es, daß die Beamten, als organisierte und aus der Arbeitererschaft hervorgegangene Beamten, noch auf einem so tiefen Niveau stehen, daß sie glauben, dem Vorstand nicht die nötige Achtung entgegenbringen zu brauchen, weil er zum Teil aus Frauen besteht.

Sie schlagen damit ihren eignen Principien ins Gesicht, und würden wir dem Verband empfehlen, in dieser Hinsicht erzieherischer auf seine Mitglieder einzuwirken; daß sie ihre eignen Mitgliedern erst lehrten, die Bestimmungen, die sie sich selbst geschaffen, auch innezuhalten. Wie die Herren glauben, Herr im eignen Hause zu sein, zeigt recht drastisch der Ausdruck des Rentanten. In einer Vorstandssitzung wurde etwas beschlossen, da meinte der Rentant, das ließe sich machen und werde ich es den Beamten morgen sagen; wenn sie es aber dann nicht machen, was soll ich dann thun ??? Möge die Öffentlichkeit darüber urteilen, wem ein Armutzeugnis auszustellen sei.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider und Schneiderinnen z. z. Berlin. Frau Emma Reimann, Vorsitzende. J. A.: Frau Elisabeth Köpcke, Schriftführerin.

Der „Vorwärts“ (Nr. 190) enthält einen Bericht über eine Verbandsversammlung der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen vom 10. August, die sich unter andern mit einer angeblich vertrauensärztlichen Untersuchung eines Beamten der Schneiderkasse durch meine Person befaßte. Die Versammlung nahm zum Schluß einstimmig eine Resolution an, wonach sie meine Handlungsweise mit der Standesbehr nicht vereinbar und eines Arztes unwürdig bezeichnete. Dieses „Urteil“ ist entgegen allem Brauch und den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit gefaßt und veröffentlicht worden, ohne daß ich jemals vorher gehört wurde. Ich stelle daher folgendes fest: 1. Es ist nicht wahr, daß ich Vertrauensarzt der Orts-Krankenkasse der Schneider oder sonst einer Kasse bin. Ich bin vom Vorstande der Orts-Krankenkasse der Schneider in meiner Eigenschaft als Privatarzt ersucht worden, in einem bestimmten Falle ein urvenerärztliches Gutachten über einen Angestellten der Krankenkasse abzugeben, dessen gegen früher auffällig veränderte Leistungsfähigkeit in dem Vorstand die Vermutung hervorgerufen hatte, daß eine Krankheit und kein Verschulden des Beamten vorliege. Es wurde mir mitgeteilt, daß der Dienst des betreffenden Beamten je nach seinem jetzigen Körperzustand erleichtert werden sollte.

2. Wie in ähnlichem Fall jeder andren Privatperson gegenüber erklärte ich mich zu der Begutachtung bereit unter der Bedingung, daß der betreffende Beamte einverstanden mit meiner Unternehmung ist und mich ausdrücklich von der durch § 300 des Strafgesetzbuches gegebenen Verpflichtung zur Innehaltung des Berufsgeheimnisses gegenüber dem Vorstand der Kasse entbindet. Auf Wunsch der Vorliegenden der Kasse erschien ich Tags darauf um 2 Uhr in den Räumen der Krankenkasse, also zu einer Zeit, wo keine Kassennmitglieder mehr anwesend sein dürfen. In einem separaten Zimmer eröffnete Frau Reimann, die Vorsitzende der Kasse, dem Beamten den Zweck meines Erscheinens, worauf ich dem betreffenden Herrn in aller Ruhe auseinandersetzte, daß selbst wenn er verpflichtet sein sollte, sich auf Wunsch des Vorstandes von einem beliebigen Arzt untersuchen zu lassen, ich ihn nur mit seiner ausdrücklichen Erlaubnis untersuche, indem ich dabei meine völlige Unabhängigkeit von der Verwaltung der Kasse betonte.

3. Nach eingehender Unternehmung des Patienten und vor Abfassung des Gutachtens machte ich ihn darauf aufmerksam, daß der oben genannte § 300 mich verhindert, ohne seine ausdrückliche Zustimmung an den Vorstand zu berichten. Diese ausdrückliche Erlaubnis erhielt ich von dem Patienten. 4. Da ich für die Öffentlichkeit nicht von den Pflichten des § 300 entbunden bin, will ich nur bemerken, daß mein motiviertes Gutachten die völlige Schuldfreiheit des Beamten für etwaige Verschleppungen erwies und streng sachliche Vorschläge für eine dem Körperzustande des Patienten angemessene Beschäftigung enthielt. Auf Grund dieser thatsächlichen Vorgänge überlasse ich es zunächst den Lesern dieses Blattes, besonders aber den vielen ehrenhaften Personen aus den Kassenvorständen und den Kasserverwaltungen, die aus meiner vielfährigen ehrenamtlichen Thätigkeit mich kennen, über das Verfahren von Leuten zu urteilen, die es wagen, mir die Berufsschre abzuspreden. Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 21, den 18. August 1903. Dr. D. Munter.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschloßen: 7 Uhr.

W. J. 666. In Preußen wurden durch das am 3. Juni 1875 in Kraft getretene Gesetz vom 31. Mai 1875 alle Orden und ordensähnlichen Kongregationen von dem preussischen Gebiet ausgeschlossen. Ausgenommen waren Niederlassungen solcher Orden usw., die sich ausschließlich der Krankenpflege widmen. Die Ausnahmen wurden durch Gesetz vom 14. Juli 1880 auf solche Orden usw. erstreckt, die der Pflege und Unternehmung von Blinden, Taubstummen, Idioten und geistig schwächeren Personen und noch nicht schulpflichtiger Kinder hingehen. Durch Gesetz vom 29. April 1887 (in Kraft getreten am 14. Mai 1887) wurden wieder zugelassen: diejenigen Orden usw., welche sich der Ausübung der Seelsorge, der Leitung der christlichen Nächstenliebe, dem Unterricht und der Erziehung der weiblichen Jugend in höheren Mädchenschulen widmen und deren Mitglieder ein beschauliches Leben führen. Geleise, welche Klöster als solche — im Gegenatz zu Orden — ausdrücklich verbieten, hat die preussische Gesetzgebung nicht. Der Unterschied zwischen Klöstern und Orden ist auch für viele Fälle außerordentlich beschränkt. Männer-Klöster in Preußen giebt es eine ganze Anzahl. Es rechnen auch nach Aufhebung der katholischen Kirche folgende Ordensniederlassungen dahin: Legioner (Schwarze Brüder) in Aachen, Haus Gannen bei Münster, Grevel, Köln, M. Gladbach, Neuf. Augustiner in Gernerhäusern (Hannover), Barnherzige Brüder in Boguschnitz (Schlesien), Breslau, Düsseldorf, Elberfeld, Essen a. d. Ruhr, Frankenstein (Schlesien), Frankfurt a. M., Fulda, Kadamar, Köstl, Koblenz, Köln, Rain-Lindenhof, Reudt, Montabaur, Reudt D. Sch. Baderborn, Bishofshof, Cassia, Steinau a. D., Teiler, Wiesbaden, Wendischstein in Neurou, Franziskaner in Aachen, Annaberg, Apollinarisberg bei Remagen, Bornhofen, Breslau, Buchholz, Dingelstädt, Dorsten, Dormund, Düsseldorf, Ehrenstein, Frauenberg, Gordenberg, Reigels, Arcusberg bei Bonn, Ling a. Rh., Marienthal bei Hamm, M. Gladbach, Münster, Reudt in Schlesien, Dittbergen (Hannover), Baderborn, Metternich, St. Josephshaus bei Baldreidach, Warendorf, Weder, Wiedenbrunn, Franziskaner-Minoriten in Dagersheim (Rheinland), Kapuziner in Aachen, Grevel, Ehrenbreitstein, Münster, Niedern, Bern, Trappisten in Marienwald bei Gemünd-Aachen, Maria-Been bei Neufeld, Dominikaner in Berlin und Düsseldorf, Kartäuser in Hols, Vallotiner in Ehrenbreitstein, Schulbrüder von der Gesellschaft Maria in Mainz, und endlich E. S. Väter in Trier. Von vielen Niederlassungen firmieren sich selbst folgende als Klöster: Das Kloster zu den heiligen Engeln in Boguschnitz, das Kloster zur heiligsten Dreifaltigkeit in Breslau, das Kloster zum heiligen Joseph in Frankenstein, das Kloster zur heiligen Anna in Bishofshof, das Kloster zu St. Maria in Steinau, das Kloster St. Josephshaus bei Baldreidach, das Kloster vom Orden des heiligen Franziskus in Dagersheim. Im Deutschen Reich wurden Ende 1899 61 Orden

(17 männliche, 44 weibliche) mit 212 Niederlassungen männlicher Orden (4250 Ordensbrüder) und 2961 Niederlassungen weiblicher Orden (mit 22 831 Ordensschwwestern) gezählt. — W. J. 100. Verfaßt im Jahre 1905. — Zergewei. 1. Ja. 2. Nein. — Alpermann. Waren Sie eher Richter des Bundes als der Kustallinhaber, so können Sie vom Birt unter Berücksichtigung des Vermögens verlangen und dementsprechend klagen. Waren Sie später eingezogen, so wäre eine Klage nutzlos. — H. B. 7. 1. Ohne Einigkeit in den Vertragsvertr. ist Ihre Frage nutzlos. Besuchen Sie mit dem Vertrag die juristische Sprechstunde, so erhalten Sie am besten Antwort. 2. Ihre rentenbezugsberechtigten Schwiegermutter kann so viel ihr möglich ist zu verdienen suchen. Die Rente behält sie. — Bergner. Können Sie die Vereinbarung beweisen, so bringen Sie mit einer Klage auf vollen Schadenersatz durch. — H. B. 580. Verlangen Sie Ihr Kind zurück und ergreifen Sie gerichtliche Schritte, wenn Ihre Schwiegereltern es Ihnen trotz ausdrücklichen Verlangens vorenthalten sollten. — Altmann. Nehmen Sie beim Amtsdienst Einigkeit in die Auseinandersetzungsakte und klagen Sie auf Zahlung des Ihnen danach zustehenden. — J. J. Leider nicht. — J. 10. Soweit ersichtlich gar nicht. — 777. J. Berlin gehört nicht zum Regierungsbezirk Potsdam, sondern bildet einen eignen Verwaltungsbezirk. — Fr. 1000. Eine bestimmte Form ist nicht vorgeschrieben. Ob solch Antrag genehmigt werden kann, hängt vom Inhalt des Statuts ab. — G. 2. Ihr Anteil müßte sich an die Schulbehörde wenden. Die Richtentlassung entspricht dem Gesetz. — G. 2. Wenn eine ausgefallene Forderung vorliegt: in Höhe von 20 M. jährlich. — R. G. 58. 1. Sie müssen die Sachen aufbewahren und können nur auf Zahlung gegen Rückgabe der Sachen klagen. 2. Das ist möglich. — W. J. 20. Wenden Sie sich an Ihr Bezirkskommando. — H. B. 1000. Sie sind im Unrecht.

Marktpreise von Berlin am 18. August 1903 nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Table with 4 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rindfleisch, Schweinefleisch), Unit (e.g., D. Ctr., 100 Ctr., 1 kg), Price (e.g., 8,00, 1,80, 1,40), and another Price column (e.g., 5,00, 1,20, 1,00). Includes sub-headers like 'ab Bahn' and 'Kamm und Geruch'.

Witterungsübericht vom 19. August 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station (e.g., Ewinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien), Barometer (mm), Windrichtung, Windstärke (Bft), and Wetter (e.g., Regen, heiter, 4bebedt, 3bebedt, 1Regen, 2wolfig). Includes sub-headers 'Temp. u. G.' and 'p. u. v. u. n.'.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. August 1903. Etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken mit mäßigen Westwinden.

Berliner Wetterbureau.

Socialdemokrat. Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Nachruf. Um 13. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schmied Albert Mews. Beinhaltet Name, Adresse und Vorstandsinformation.

Statt jeder besonderen Meldung: Kaethe Bernstein-Schattner Dr. med. Benno Chajes. Beinhaltet Adresse, Datum und eine persönliche Nachricht.

Stukkateure! Unser langjähriges Mitglied, der Kollege J. Lesser verstarb am Dienstag, den 18. d. im 51. Lebensjahre an der Choleraerkrankung. Beinhaltet Name, Adresse und Vorstandsinformation.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Blumen spenden bei der Beerdigung unseres lieben, guten Mannes und Vaters, des Schankwirts Karl Ruppin sagen wir allen lieben Beteiligten unsern herzlichsten Dank. Beinhaltet Name, Adresse und weitere Details.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Donnerstag, den 20. August 1903, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 8), Engel-Ufer 15:

Fortsetzung der General-Versammlung.

1. Fortsetzung der Diskussion über die Resolution Stoboy. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen. Der Vorstand.

Achtung! Socialdemokratischer Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag, den 30. August, mittags 12 Uhr:

General-Versammlung in Köpenick, Seidels Gesellschaftshaus, Grünauerstr. 31.

Tages-Ordnung: 1. Die Provinzial-Konferenz. Referent: E. Obst - Schönberg. 2. Anträge und Wahl der Delegierten zur Provinzial-Konferenz. 3. Die letzten Reichstagswahlen. Referent: Abg. Fr. Zubeil. 4. Anträge zum Parteitag. 5. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 6. Kreisangelegenheiten. Nach § 11 des Statuts hat jeder Wahlverein das Recht, bis zu drei Delegierte zu der General-Versammlung zu entsenden. Anträge bitten wir, bis zum Donnerstag, den 27. August, in die Hände des Vorsitzenden, Genossen A. Schnell, Charlottenburg, Köpenickerstr. 2, gelangen zu lassen. Der Vorstand des Central-Wahlvereins. J. A.: Wilh. Eberhardt.

Achtung! Parkettleger. Achtung! Werfstellen-Sitzung der Firma Kuhnert & Kühne heute Donnerstag, den 20. August, abends 6 Uhr, im Restaurant Pallas, Goldbergstraße 19. Die Kommission.

Lassen Sie einen Sohn einsegnen

So kaufen Sie den Anzug bei **Herrmann Schlessinger**, Turm-Strasse 85, Sie haben dadurch die Sicherheit, daß Sie

1. Unter großer Auswahl bequem wählen können.
2. Neue, saubere und haltbare Qualität bekommen.
3. Guten Sitz und beste Stoffe erhalten.
4. Zu unbedingt festen Preisen kaufen.

Jedes dort gekaufte Stück ist den dafür gezahlten Preis auch wert.

Niemand zahlt mehr, niemand weniger. Kein Vorklagen, kein Beten, Handeln oder Nachlassen, aber:

Billige Preise.

23132*

Berliner Ressource

Kommandantenstr. 57

hochelegante Festfeste für 500 bis 1000 Personen, empfiehlt zu coulantem Bedingungen

23062*

Adolf Stein.

Sonnabende und Sonntage noch frei.



Extra-Dampferfahrt.

Jeden Dienstag und Freitag nach Ziegenhals, „Zum Sports- haus“ bei Raasdorf, herrlich am Crossinsee gelegen.

Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der neuen Anlegestelle an der Michaelstraße (Michaelstraße 1), 6 u. Rückfahrt 40 Pf.

N. B. Für Familien! Kein großer Saal ist noch einige Sonnabende im August frei. Auch stehen ganz billige Dampfer zur Verfügung.

22542*

M. Mörschel, Königs-Wuslo-hausen No. 75.

Fey's Gesellschaftshaus,

Brunnenstrasse 184.

Zu Versammlungen und Vergnügungen empfehle mein Lokal, bis 500 Personen fassend.

22265

G. Fey.

Grosse Neuheit!! 30 Tage zur Probe!



Grosse Neuheit!
Gehehlt, geflügelt!

Trilophon-Mundharmonika.

Die Vorteile und Vorzüge derselben gegen jedes andre Instrument sind thafschlich überraschend. Die eigenartige Konstruktion dieses Instruments mit ausziehbarem Schallrohr, ähnlich einer Posaune, ermöglicht dem Spieler, mit Leichtigkeit dem Tone die richtige Wirkung zu geben, der Effekt für die Zuhörer ist verblüffend und glaubt man unwillkürlich die Weisen einer Mandoline zu hören. Der Stiel gegen Einwirkung von nur 1.60 Mk. (auch Briefmarken) frei ins Haus. (Nachnahme 20 Pf. mehr.) **Hauptkatalog** über Stahlwaren, Waffen, Messer, Rasierwaren, optische und Lederwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen und viele Neuheiten versenden gratis und franco **Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.** Bestehtes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private. 131/5. Wiederbesteller gegen Provision geflügelt.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz, Reichenberger Strasse 5

empfiehlt Einrichtungen in Nubbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. **Coulaueste Bedingungen.** 23242*

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. 21. 50 Pf. und 1 R. Ebenso Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel 30, 60 Pf. u. 1 R. Zahlreiche Anerkennungen. 19592*

1000 Mark Belohnung

gäbe demjenigen, der mir einen Richtig- erfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.** 19592*

Besten Nordhäuser

Älter von 60 J., an garantiert reines Getreideprodukt. H. Biquere. 19092* **Martin Borna, Ritter- u. Prinzengasse.**

Reines vollwertiges Roggenbrot

a 50, 35 u. 20 Pf. und gute, schmackhafte weisse Brote, 6 Stück 10 Pf., empfehle ich den wertigen Genossen u. Genossinnen. **Pappel-Allee 24, Ernst Pfeiffer, Bäckerel.**

Otto Müller, Naunynstr. 37

(früher Jablonsky).

Borzüglich. Mittags- (mit Bier 50 Pf.) u. Abendtisch zu n. Preisen im herrlich kühlen Garten.

Jeden Donnerstag: Frei-Konzert. Vereinszimmer und Billard zur Verfügung. 21832*

Ost-Casino Elegante Festsäle

Frankfurter Allee 106

Carl Pirnan (Noch).

Schloss Burg-Geld-Lotterie

Ziehung 2. u. 3. Septbr. Gesamt-Gewinne — 200 000 Mk. Originallose a 3 Mk. empfiehlt die Glückskollekte **J. Rosenberg,** 51 Kommandantenstrasse 51. Porto u. Liste 30 Pf. extra.

Dr. Simmel, Prinzen-

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut-, Gorn- und Harnleiden, Seydelstr. 9.

1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Cretonne, doppelseitig 2,65
Purpur, doppelseitig 2,60
Triet, doppelseitig 3,50
Wollatlas, alle Farben 4,85
Similiseide, alle Farben 5,25
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstrasse 150.

Special-Geschäft für Uhren



1 neue Uhr-Gehäuse Ia. 75 Pf.
1 neue Uhr-Gehäuse IIa. 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas ... 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring ... 10 Pf.
1 neuer Uhr-Steiger ... 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schlüssel ... 5 Pf.
Neue Uhren in grösster Auswahl.
Vorzeig. dieses erhält 5%, Rabatt.
E. Möbis, 82 Koppen-Strasse 82.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer, Stralanderstr. 1.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Verkäufe.

Schankgeschäft, 1500 Mark ver- käuflich, Rote 700 Mark, Schlie- mannstrasse 33. 162*

Seifengeschäft, altershalber zu verkaufen, Charlottenburg, Gortze- strasse 13. 3026*

110 Quadratrudder, eingekauft, Ostbahn-Vorort Fredersdorf, verkauft sehr billig Handverwalt. Brunnen- strasse 151. 4115*

Bahnhof Wilmshaus, bei Neuhau, Hohenlehme, Schwartkopfstrasse, Göl- licher, hochgelegene prachtvolle Bau- stellen, Rote 20 Mark, ohne An- zahlung, nur binnen 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschluss- Prämie. Dorndorf, Gölmler, Hohen- lehme; Restaurant Carl, Bringselmann- strasse 4; Rabermann, Anstatter- strasse 19. 17738*

Gardinenhaus Große Frankfurter- strasse 9, partiere. 1737*

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppelager Brunn, Gölmler Markt 4, Bahndorf. 93/2*

Teppiche billig Fabrik Gröner Weg 5. 2946

Teppiche, spottbillig, Fabrik Reinhardtstr. 20. 1795*

Teppiche! Gelegenheitskauf! Zeidenstoff, Rote 8 R., durchweg 3,75, feinste Wollschleiden 4,50 verkauft Julius Reumann, Belle-Alliance- strasse 105. 182138*

Wollschleiden, Brautleuten empfehle meine Wollschleiden für ge- legene Wohnungs- u. Einrichtungs- ziele Arbeit, bekannt billig, weis- sende Garantie. Dornat, Köhler- weiler, Dresdenstrasse 124. 18168*

Wollschleiden verkauft billig Rade, Equilstraße 17, Quergebäude 4. 22265

Pianino, elegantes, fast neu, zehn- jährige Garantie, Nähmaschine, Chaiselongue, krankheitshalber billig veräußert. Abends noch 6. Reichen- bergerstrasse 182, Raden. 1717*

Räder verkauft billig Treder, Königstrasse 34. 4098*

Teppiche mit Handgelehrten Fabri- küberlage Große Frankfurterstrasse 9, partiere. 1737*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Anwaltenstrasse 148, Stahl- strasse 40. 17638*

Wollschleiden billig Diemig, Köp- penstrasse 78. 3906*

Nähmaschinen! Ringel, Adler, Central-Modell, Orion, Lambourier-Weiler u. Wilson, Plastik, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung, Preise billig, bei Abzahlung coulanteste Bedingun- gen. Drei Jahre reelle Garantie. G. Weimann, Gölmlerstrasse 96, nahe der Sandbergerstrasse. Alte Nähmaschinen nehme in Zahlung. 17256*

Gasthofhaus! Breitenhofstrasse 300, Dreifachgeschloß 7,00, Gas- bühnenapparate, Gasplättchen, Gas- beheizung, spottbillig! Verkaufsmo- torer, zweifach 2,00. Wollauer, Wallnertheaterstrasse 32. 1136*

Verschiedenes.

Herrenanzüge, Sommerpaletots, Beinleider, zurückgekehrte, hoch- vornehm, spottbillig, Deutsches Verandhaus Jägerstrasse 63, 1 Trepp. 1737*

Wollschleiden, hinstellend, für Buntarme, Brustkrante, Schwächliche, Genesungsanahme, bessere Gesichts- farbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100, 1/101, 1/102, 1/103, 1/104, 1/105, 1/106, 1/107, 1/108, 1/109, 1/110, 1/111, 1/112, 1/113, 1/114, 1/115, 1/116, 1/117, 1/118, 1/119, 1/120, 1/121, 1/122, 1/123, 1/124, 1/125, 1/126, 1/127, 1/128, 1/129, 1/130, 1/131, 1/132, 1/133, 1/134, 1/135, 1/136, 1/137, 1/138, 1/139, 1/140, 1/141, 1/142, 1/143, 1/144, 1/145, 1/146, 1/147, 1/148, 1/149, 1/150, 1/151, 1/152, 1/153, 1/154, 1/155, 1/156, 1/157, 1/158, 1/159, 1/160, 1/161, 1/162, 1/163, 1/164, 1/165, 1/166, 1/167, 1/168, 1/169, 1/170, 1/171, 1/172, 1/173, 1/174, 1/175, 1/176, 1/177, 1/178, 1/179, 1/180, 1/181, 1/182, 1/183, 1/184, 1/185, 1/186, 1/187, 1/188, 1/189, 1/190, 1/191, 1/192, 1/193, 1/194, 1/195, 1/196, 1/197, 1/198, 1/199, 1/200, 1/201, 1/202, 1/203, 1/204, 1/205, 1/206, 1/207, 1/208, 1/209, 1/210, 1/211, 1/212, 1/213, 1/214, 1/215, 1/216, 1/217, 1/218, 1/219, 1/220, 1/221, 1/222, 1/223, 1/224, 1/225, 1/226, 1/227, 1/228, 1/229, 1/230, 1/231, 1/232, 1/233, 1/234, 1/235, 1/236, 1/237, 1/238, 1/239, 1/240, 1/241, 1/242, 1/243, 1/244, 1/245, 1/246, 1/247, 1/248, 1/249, 1/250, 1/251, 1/252, 1/253, 1/254, 1/255, 1/256, 1/257, 1/258, 1/259, 1/260, 1/261, 1/262, 1/263, 1/264, 1/265, 1/266, 1/267, 1/268, 1/269, 1/270, 1/271, 1/272, 1/273, 1/274, 1/275, 1/276, 1/277, 1/278, 1/279, 1/280, 1/281, 1/282, 1/283, 1/284, 1/285, 1/286, 1/287, 1/288, 1/289, 1/290, 1/291, 1/292, 1/293, 1/294, 1/295, 1/296, 1/297, 1/298, 1/299, 1/300, 1/301, 1/302, 1/303, 1/304, 1/305, 1/306, 1/307, 1/308, 1/309, 1/310, 1/311, 1/312, 1/313, 1/314, 1/315, 1/316, 1/317, 1/318, 1/319, 1/320, 1/321, 1/322, 1/323, 1/324, 1/325, 1/326, 1/327, 1/328, 1/329, 1/330, 1/331, 1/332, 1/333, 1/334, 1/335, 1/336, 1/337, 1/338, 1/339, 1/340, 1/341, 1/342, 1/343, 1/344, 1/345, 1/346, 1/347, 1/348, 1/349, 1/350, 1/351, 1/352, 1/353, 1/354, 1/355, 1/356, 1/357, 1/358, 1/359, 1/360, 1/361, 1/362, 1/363, 1/364, 1/365, 1/366, 1/367, 1/368, 1/369, 1/370, 1/371, 1/372, 1/373, 1/374, 1/375, 1/376, 1/377, 1/378, 1/379, 1/380, 1/381, 1/382, 1/383, 1/384, 1/385, 1/386, 1/387, 1/388, 1/389, 1/390, 1/391, 1/392, 1/393, 1/394, 1/395, 1/396, 1/397, 1/398, 1/399, 1/400, 1/401, 1/402, 1/403, 1/404, 1/405, 1/406, 1/407, 1/408, 1/409, 1/410, 1/411, 1/412, 1/413, 1/414, 1/415, 1/416, 1/417, 1/418, 1/419, 1/420, 1/421, 1/422, 1/423, 1/424, 1/425, 1/426, 1/427, 1/428, 1/429, 1/430, 1/431, 1/432, 1/433, 1/434, 1/435, 1/436, 1/437, 1/438, 1/439, 1/440, 1/441, 1/442, 1/443, 1/444, 1/445, 1/446, 1/447, 1/448, 1/449, 1/450, 1/451, 1/452, 1/453, 1/454, 1/455, 1/456, 1/457, 1/458, 1/459, 1/460, 1/461, 1/462, 1/463, 1/464, 1/465, 1/466, 1/467, 1/468, 1/469, 1/470, 1/471, 1/472, 1/473, 1/474, 1/475, 1/476, 1/477, 1/478, 1/479, 1/480, 1/481, 1/482, 1/483, 1/484, 1/485, 1/486, 1/487, 1/488, 1/489, 1/490, 1/491, 1/492, 1/493, 1/494, 1/495, 1/496, 1/497, 1/498, 1/499, 1/500, 1/501, 1/502, 1/503, 1/504, 1/505, 1/506, 1/507, 1/508, 1/509, 1/510, 1/511, 1/512, 1/513, 1/514, 1/515, 1/516, 1/517, 1/518, 1/519, 1/520, 1/521, 1/522, 1/523, 1/524, 1/525, 1/526, 1/527, 1/528, 1/529, 1/530, 1/531, 1/532, 1/533, 1/534, 1/535, 1/536, 1/537, 1/538, 1/539, 1/540, 1/541, 1/542, 1/543, 1/544, 1/545, 1/546, 1/547, 1/548, 1/549, 1/550, 1/551, 1/552, 1/553, 1/554, 1/555, 1/556, 1/557, 1/558, 1/559, 1/560, 1/561, 1/562, 1/563, 1/564, 1/565, 1/566, 1/567, 1/568, 1/569, 1/570, 1/571, 1/572, 1/573, 1/574, 1/575, 1/576, 1/577, 1/578, 1/579, 1/580, 1/581, 1/582, 1/583, 1/584, 1/585, 1/586, 1/587, 1/588, 1/589, 1/590, 1/591, 1/592, 1/593, 1/594, 1/595, 1/596, 1/597, 1/598, 1/599, 1/600, 1/601, 1/602, 1/603, 1/604, 1/605, 1/606, 1/607, 1/608, 1/609, 1/610, 1/611, 1/612, 1/613, 1/614, 1/615, 1/616, 1/617, 1/618, 1/619, 1/620, 1/621, 1/622, 1/623, 1/624, 1/625, 1/626, 1/627, 1/628, 1/629, 1/630, 1/631, 1/632, 1/633, 1/634, 1/635, 1/636, 1/637, 1/638, 1/639, 1/640, 1/641, 1/642, 1/643, 1/644, 1/645, 1/646, 1/647, 1/648, 1/649, 1/650, 1/651, 1/652, 1/653, 1/654, 1/655, 1/656, 1/657, 1/658, 1/659, 1/660, 1/661, 1/662, 1/663, 1/664, 1/665, 1/666, 1/667, 1/668, 1/669, 1/670, 1/671, 1/672, 1/673, 1/674, 1/675, 1/676, 1/677, 1/678, 1/679, 1/680, 1/681, 1/682, 1/683, 1/684, 1/685, 1/686, 1/687, 1/688, 1/689, 1/690, 1/691, 1/692, 1/693, 1/694, 1/695, 1/696, 1/697, 1/698, 1/699, 1/700, 1/701, 1/702, 1/703, 1/704, 1/705, 1/706, 1/707, 1/708, 1/709, 1/710, 1/711, 1/712, 1/713, 1/714, 1/715, 1/716, 1/717, 1/718, 1/719, 1/720, 1/721, 1/722, 1/723, 1/724, 1/725, 1/726, 1/727, 1/728, 1/729, 1/730, 1/731, 1/732, 1/733, 1/734, 1/735, 1/736, 1/737, 1/738, 1/739, 1/740, 1/741, 1/742, 1/743, 1/744, 1/745, 1/746, 1/747, 1/748, 1/749, 1/750, 1/751, 1/752, 1/753, 1/754, 1/755, 1/756, 1/757, 1/758, 1/759, 1/760, 1/761, 1/762, 1/763, 1/764, 1/765, 1/766, 1/767, 1/768, 1/769, 1/770, 1/771, 1/772, 1/773, 1/774, 1/775, 1/776, 1/777, 1/778, 1/779, 1/780, 1/781, 1/782, 1/783, 1/784, 1/785, 1/786, 1/787, 1/788, 1/789, 1/790, 1/791, 1/792, 1/793, 1/794, 1/795, 1/796, 1/797, 1/798, 1/799, 1/800, 1/801, 1/802, 1/803, 1/804, 1/805, 1/806, 1/807, 1/808, 1/809, 1/810, 1/811, 1/812, 1/813, 1/814, 1/815, 1/816, 1/817, 1/818, 1/819, 1/820, 1/821, 1/822, 1/823, 1/824, 1/825, 1/826, 1/827, 1/828, 1/829, 1/830, 1/831, 1/832, 1/833, 1/834, 1/835, 1/836, 1/837, 1/838, 1/839, 1/840, 1/841, 1/842, 1/843, 1/844, 1/845, 1/846, 1/847, 1/848, 1/849, 1/850, 1/851, 1/852, 1/853, 1/854, 1/855, 1/856, 1/857, 1/858, 1/859, 1/860, 1/861, 1/862, 1/863, 1/864, 1/865, 1/866, 1/867, 1/868, 1/869, 1/870, 1/871, 1/872, 1/873, 1/874, 1/875, 1/876, 1/877, 1/878, 1/879, 1/880, 1/881, 1/882, 1/883, 1/884, 1/885, 1/886, 1/887, 1/888, 1/889, 1/890, 1/891, 1/892, 1/893, 1/894, 1/895, 1/896, 1/897, 1/898, 1/899, 1/900, 1/901, 1/902, 1/903, 1/904, 1/905, 1/906, 1/907, 1/908, 1/909, 1/910, 1/911, 1/912, 1/913, 1/914, 1/915, 1/916, 1/917, 1/918, 1/919, 1/920, 1/921, 1/922, 1/923, 1/924, 1/925, 1/926, 1/927, 1/928, 1/929, 1/930, 1/931, 1/932, 1/933, 1/934, 1/935, 1/936, 1/937, 1/938, 1/939, 1/940, 1/941, 1/942, 1/943, 1/944, 1/945, 1/946, 1/947, 1/948, 1/949, 1/950, 1/951, 1/952, 1/953, 1/954, 1/955, 1/956, 1/957, 1/958, 1/959, 1/960, 1/961, 1/962, 1/963, 1/964, 1/965, 1/966, 1/967, 1/968, 1/969, 1/970, 1/971, 1/972, 1/973, 1/974, 1/975, 1/976, 1/977, 1/978, 1/979, 1/980, 1/981, 1/982, 1/983, 1/984, 1/985, 1/986, 1/987, 1/988, 1/989, 1/990, 1/991, 1/992, 1/993, 1/994, 1/995, 1/996, 1/997, 1/998, 1/999, 1/1000, 1/1001, 1/1002, 1/1003, 1/1004, 1/1005, 1/1006, 1/1007, 1/1008, 1/1009, 1/1010, 1/1011, 1/1012, 1/